



GESCHÄFTSBERICHT 2009 EINZELABSCHLUSS

MACHT STARK.



75
JAHRE
ANWERTUNG

Qualität ist unser Antrieb.

ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Qualität ist unser Antrieb.

Hinter jedem Erfolg steht eine konstruktive Kraft. Das gilt auch für die Entwicklung der ARAG vom Rechtsschutzpionier zum international etablierten Partner für Recht und Schutz: Was uns weltweit eint und antreibt, ist unser Qualitätsanspruch. Dieser gemeinsame Nenner prägt alle Facetten unseres Leistungsangebots, über sämtliche Sparten hinweg und an jedem ARAG Standort der Welt. So konnten wir in den vergangenen 75 Jahren unsere unternehmerische Unabhängigkeit bewahren und unsere Position als international erfolgreiches Familienunternehmen nachhaltig ausbauen – das schafft eine solide Basis auch für künftige Erfolge.

Inhalt

Kennzahlen

Das Profil des ARAG Konzerns Seite 1

Lagebericht Seite 2

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Seite 2

II. Ertragslage Seite 6

III. Finanzlage Seite 10

IV. Vermögenslage Seite 12

V. Produktentwicklung und
andere Leistungsfaktoren Seite 13

VI. Nachtragsbericht Seite 13

VII. Abhängigkeitsbericht Seite 14

VIII. Risikobericht Seite 15

IX. Prognosebericht Seite 22

Gewinnverwendungsvorschlag Seite 24

Jahresabschluss Seite 25

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers Seite 51

Bericht des Aufsichtsrats Seite 52

Organe der Gesellschaft Seite 55

Überblick

Kennzahlen

ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)

| | 2009 | Veränderung | 2008 | 2007 |
|---|---------|-------------|---------|---------|
| Umsätze | | | | |
| Gebuchte Bruttobeiträge | 318.177 | -3,29% | 328.997 | 338.270 |
| Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f.e.R.) | 320.273 | -2,64% | 328.946 | 337.721 |
| Aufwendungen | | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R. | 205.594 | 7,88% | 190.571 | 217.226 |
| Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge) | 64,19% | 6,26%-Pkt. | 57,93% | 64,32% |
| Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R. | 119.041 | -3,07% | 122.809 | 130.354 |
| Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge) | 37,16% | -0,17%-Pkt. | 37,33% | 38,60% |
| Ergebnisübersicht | | | | |
| Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R. | -4.241 | -128,81% | 14.716 | -4.453 |
| Kapitalanlageergebnis | 57.704 | 92,54% | 29.969 | 52.814 |
| Sonstiges Ergebnis | -16.392 | -37,94% | -26.411 | -23.270 |
| Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | 37.071 | 102,86% | 18.274 | 25.090 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0,00% | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss | 23.427 | 122,85% | 10.512 | 16.691 |
| Kennzahlen | | | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge (netto) | 199,27% | 5,67%-Pkt. | 193,60% | 190,60% |
| Eigenkapital/Verdiente Beiträge | 90,42% | 6,46%-Pkt. | 83,96% | 75,40% |

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick Die ARAG ist der international anerkannte unabhängige Partner für Recht und Schutz. Seit den Anfängen als Rechtsschutzpionier versteht sich das Unternehmen als Partner der Kunden. Dieses Selbstverständnis gilt für den Qualitätsversicherer ARAG heute für alle angebotenen Versicherungsleistungen: Mit dem flexiblen, hochwertigen Leistungsangebot aus Prävention, Beratung und Kostenerstattung erhält der Kunde über alle Sparten hinweg Orientierung und Sicherheit – auch in schwierigen Lebenssituationen.

Als größtes Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz setzt der ARAG Konzern auf seine unternehmerische Unabhängigkeit und Kontinuität. Das verleiht ihm Stabilität, eröffnet langfristige Perspektiven und gibt ihm große unternehmerische Freiheit.

Die 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ARAG Konzern erwirtschafteten zuletzt ein Umsatz- und Prämienvolumen von über 1,4 Milliarden €. Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist für die strategische Führung des Konzerns verantwortlich und leitet das operative Rechtsschutzgeschäft, national und international. Unterhalb dieser Holding gruppieren sich alle anderen Versicherungs- und ARAG Dienstleistungsgesellschaften, die jeweils für die operative Führung ihres Geschäftsbereichs verantwortlich sind. Die ARAG AG bildet als vermögensverwaltende Holding das gesellschaftsrechtliche Dach des ARAG Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung Der ARAG Konzern zählt zu den zwei weltweit führenden Rechtsschutzversicherern. Die ARAG Rechtsschutz gestaltet die Märkte in diesem Segment national und international maßgeblich mit. Richtungsweisende Akzente im deutschen Markt hat die Gesellschaft zuletzt mit neuen innovativen Rechtsschutz-Produkten gesetzt. Zudem erhielt das ARAG Anwaltstelefon – Inklusivleistung der ARAG Rechtsschutztarife – für seine Servicequalität vom TÜV die Note „sehr gut“. Das über Jahrzehnte im heimischen Rechtsschutzmarkt gewonnene Know-how setzt der Konzern erfolgreich in zwölf weiteren europäischen Ländern und in den USA ein. Mehr als die Hälfte der Prämienumsätze der Rechtsschutzgesellschaften entfallen auf das internationale Geschäft.

Kompositversicherungen Die ARAG Allgemeine ist der Kompositversicherer des Konzerns. In ihrem hart umkämpften Markt beweist sich die Gesellschaft als starker Anbieter von Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kfz-Versicherungen. Die Qualität ihres Schaden-Service zeichnete der TÜV mit der Note 1,40 (sehr gut) aus – dem bis dato besten Branchenergebnis. Außerdem ist die ARAG Allgemeine mit rund 21 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern Europas größter Sportversicherer. Ihre Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als Maklerspezialist im Privatkundensegment.

Personenversicherungen Mit neuen Ideen im Markt der privaten Krankenversicherung und in der privaten Altersvorsorge runden die ARAG Kranken und ARAG Leben das Angebot des Konzerns ab. Die ARAG Kranken ist eines der wachstumsstärksten Konzernsegmente und arbeitet gleichzeitig stark ertragsorientiert. Ihr attraktives, leistungsstarkes Angebot belegt kontinuierlich vordere Ränge bei Produkt- und Unternehmensratings. Die ARAG Leben hat mit ihrer Produktfamilie der fondsgebundenen Rentenversicherungen ein kundenorientiertes Vorsorgeangebot im Markt etabliert: Die flexible Fonds-Police überzeugt bei Leistungsvergleichen ebenfalls durch sehr gute Platzierungen.

Lagebericht der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Lage der Versicherungswirtschaft in Deutschland Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres war geprägt durch Folgewirkungen der einschneidenden Banken- und Finanzmarktkrise des Jahres 2008. Weltweit waren umfangreiche fiskal- und geldpolitische Eingriffe notwendig, um die Finanzmarktstabilität zu sichern. Gleichwohl weitete sich die Krise vom Finanzsektor auf die Realwirtschaft aus und führte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 5,0 Prozent im Jahr 2009.

Die globale rezessive Entwicklung und die Verunsicherung der Marktteilnehmer über die künftige wirtschaftliche Erholung führten zu einem starken Rückgang der Auslandsnachfrage und der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem aktuellen Jahresgutachten fest, dass die Exporte von Waren und Dienstleistungen um 14,7 Prozent, Ausrüstungsinvestitionen privater Unternehmen um 20,9 Prozent eingebrochen sind. Steuerpolitische Impulse minderten den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und setzten gleichzeitig Anreize für den Konsum privater Haushalte.

Die Versicherungswirtschaft erwies sich in diesem turbulenten Umfeld als stabilisierender Faktor. Die Deutsche Bundesbank kommt im Finanzstabilitätsbericht 2009 zu dem Schluss, dass kein deutsches Versicherungsunternehmen in der Finanzmarktkrise unterstützende Maßnahmen des Staates in Anspruch nehmen musste. Gleichzeitig leistete die Versicherungswirtschaft über die Beteiligung am Rettungspaket der Hypo Real Estate Bank einen Beitrag zur Finanzmarktstabilisierung.

Die Nachfrage nach Versicherungsleistungen blieb im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt stabil. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) meldete für das Jahr 2009 einen Anstieg der Beitragseinnahmen von 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. An dem Wachstum haben die Lebensversicherung aufgrund eines starken Anstiegs bei den Einmalbeiträgen mit 7,1 Prozent und die private Krankenversicherung mit 3,8 Prozent den größten Anteil. Die Schaden- und Unfallversicherung hat ihre Beiträge stabil gehalten. Die Versicherungswirtschaft folgt somit der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur nur bedingt und erweist sich gegenüber Einflüssen der Finanzmarktkrise als widerstandsfähig. Gleichwohl steht die Versicherungsbranche vor großen Herausforderungen vor dem Hintergrund der sich aktuell zwar verbessernden, aber dennoch unsicheren wirtschaftlichen Situation.

Die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Angemessenheit von Rückzugsstrategien der Staaten und Notenbanken aus der Stützung des Finanzsystems sowie Fortschritte bei der Schaffung einer effizienten internationalen Finanzmarktregulierung haben großen Einfluss auf die Kapitalmärkte. Insbesondere die Dauer der aktuellen Niedrigzinsphase, die Schnelligkeit der Veränderung des Zinsniveaus und der Inflationsrate sowie die wechselnden Anlagepräferenzen der privaten Haushalte bestimmen die Rahmenbedingungen der Versicherer als langfristige Investoren.

In der Schaden- und Unfallversicherung sowie in der Rechtsschutzversicherung besteht mittelfristig weiterhin ein hoher Wettbewerbsdruck. Bei den privaten Haushalten bestimmen ein hoher Grad an Marktsättigung, Preissensibilität und die Verfügbarkeit umfassender Produktvergleiche das Nachfrageverhalten. Dies führt in vielen Sparten zu einem intensiven Preiswettbewerb. Einzelne Versicherungszweige mit stärkerer Wechselwirkung zur konjunkturellen Entwicklung, zum Beispiel die Rechtsschutzversicherung sowie die Kreditversicherung, werden darüber hinaus kurzfristig mit deutlich erhöhten Schadenaufwendungen belastet.

Entwicklung der ARAG Rechtsschutz im gesamtwirtschaftlichen Umfeld Die ARAG ist das größte familiengeführte Versicherungsunternehmen in Deutschland und der zweitgrößte Rechtsschutzversicherer weltweit. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr gebuchte Bruttobeiträge von 318,2 Millionen €. Der Rückgang von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist auf die unverändert selektive Zeichnungspolitik bei gleichzeitig zunehmendem Wettbewerbsdruck zurückzuführen.

Die im Jahr 2007 durchgeführten umfangreichen Effizienzsteigerungsprogramme zeigen unverändert ihre Wirksamkeit. Trotz weiterer Beitragsverluste konnte die Netto-Kostenquote im abgelaufenen Geschäftsjahr noch einmal leicht von 37,3 Prozent auf 37,2 Prozent abgesenkt werden. Für die Kunden wurde das Unternehmen im Zuge der negativen wirtschaftlichen Entwicklung zu einem wichtigen Ansprechpartner. Die Zahl an neuen Arbeitsrechtsfällen stieg im Berichtsjahr deutlich um knapp 16,2 Prozent an. In der Folge führte der durch den Arbeitsrechtsschutz deutlich erhöhte Schadenaufwand zu einem negativen versicherungstechnischen Ergebnis.

Die ARAG legt großen Wert auf die Qualität der angebotenen Rechtsschutzversicherungen. Im Vorjahr hatte der TÜV die Serviceleistungen der ARAG Rechtsschutz einer ausführlichen Analyse unterzogen und mit der Servicenote „sehr gut“ beurteilt. Zum Ende des Geschäftsjahres hat das Unternehmen eine neu entwickelte Produktgeneration auf den Markt gebracht. Neben weiter verbesserten Versicherungsleistungen stärkt der ARAG Aktiv-Rechtsschutz die außergerichtliche Konfliktlösung durch ein umfassendes Mediationsangebot. Der Aktiv-Rechtsschutz bietet Kunden vielfältige Möglichkeiten, um Konflikte zum Beispiel mit Nachbarn, Arbeitgeber oder Vermieter außergerichtlich zu lösen.

Geschäftsgebiet Das Geschäftsgebiet der ARAG Rechtsschutz erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland; in Griechenland wird eine Niederlassung betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG Rechtsschutz als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in Österreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Belgien, Slowenien, Großbritannien und den USA betrieben. In Portugal ist die ARAG Rechtsschutz durch eine Niederlassung ihrer spanischen Tochtergesellschaft vertreten.

Über Beteiligungen an assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG Rechtsschutz auch in der Schweiz und in Norwegen präsent. In Großbritannien vermittelt die Gesellschaft Rechtsschutzgeschäft als Intermediär an einen britischen Erstversicherer, das als Rückversicherungsquote partiell übernommen wird.

Darüber hinaus besteht eine Beteiligung an einer Rechtsschutzversicherungsgesellschaft in Luxemburg.

Versicherungsarten des Rechtsschutz-Versicherungsgeschäfts Das Angebot der ARAG Rechtsschutz umfasst alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutz-Versicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten sowie die „Vermögensschaden-Rechtsschutz-Versicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB). Nach besonderen Versicherungsbedingungen werden der Opfer-, Scheidungs-, Unterhalts- und Spezial-Strafrechtsschutz sowie in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG das Verbundprodukt „Recht&Heim“ angeboten. Die ARAG Rechtsschutz betreibt zudem in zunehmendem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft mit Konzerngesellschaften und mit Dritten.

Versicherungsbestand Der Bestand an selbst abgeschlossenen, mindestens einjährigen Verträgen hat sich von 1.541.952 Stück im Vorjahr auf 1.490.265 Stück im Geschäftsjahr reduziert. Hiervon entfallen 48.135 Stück auf die Niederlassung in Griechenland. Bei durchschnittlich zirka 1,2 versicherten Risiken je Vertrag hat die ARAG Rechtsschutz am Ende des Geschäftsjahres 1.788.163 Risiken versichert. Dies bedeutet einen Rückgang von 116.120 Risiken (6,1 Prozent) gegenüber dem Vorjahr.

Mitarbeiter und Mitarbeiterqualifizierung Im Vorjahr wurden mit den ARAG Leadership Standards verbindliche Führungsgrundsätze für die ARAG Rechtsschutz und den Gesamtkonzern ARAG eingeführt. Die Führungsgrundsätze wurden allen Mitarbeitern im Konzern in mehr als 900 Einzelworkshops bekannt gemacht. Mit den ARAG Leadership Standards wird die Erwartung an eine vorbildliche Führung im Konzern formuliert. Durch die ARAG Leadership Standards werden die verbindlichen Unternehmensgrundsätze, die ARAG Essentials, in tägliches Führungshandeln umgesetzt. Im Berichtsjahr wurde die Verankerung der Unternehmens- und Führungsgrundsätze im Rahmen einer weltweiten Mitarbeiterbefragung ermittelt. Im Ergebnis bestätigten die Mitarbeiter den Leitlinien eine hohe Relevanz. Die Teilnahmequote bei der ARAG Rechtsschutz lag mit 47 Prozent deutlich über den Erwartungen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2009 waren insgesamt 924 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der ARAG Rechtsschutz in Deutschland angestellt (Vj. 910 Personen). Diese nehmen auch Zentralfunktionen für den Gesamtkonzern wahr. Die Niederlassung in Griechenland beschäftigt weitere 26 Personen. Stark ausgebaut hat die ARAG ihre Zahl der Auszubildenden. Knapp 100 Berufseinsteiger befanden sich im Berichtsjahr in der Ausbildung zum/zur „Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen“. 67 junge Frauen und Männer haben 2009 ihre Ausbildung bei der ARAG Rechtsschutz in der Hauptverwaltung und in der Vertriebsorganisation begonnen.

Neben der Berufsausbildung hat die Mitarbeiterfortbildung bei der ARAG Rechtsschutz einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Mit ARAG IQ wurde eine umfassende Qualifizierungsplattform im Intranet geschaffen. Klassische Präsenzseminare und Trainings werden ergänzt und flankiert durch internetbasiertes Lernen. Weltweit können alle ARAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Qualifizierungsportal für sich nutzen. Die Inhalte des Qualifizierungsprogramms sind breit gefächert – von Executive-Programmen über Office-Kurse bis hin zu Projektmanagement-Trainings und Fremdsprachen. Die ständige und qualitativ hochwertige Qualifizierung der ARAG Partner im Außendienst wird durch das ARAG Vertriebst raining sichergestellt. Eine breite Palette von bedarfsorientierten Seminaren deckt das Wissensspektrum rund um den Verkauf und die Leistungsstärke der ARAG Produkte ab.

Die ARAG gilt als anspruchsvoller Arbeitgeber mit einer hohen Leistungserwartung an seine Mitarbeiter. Im Gegenzug investiert das Unternehmen in ein umfassendes Angebot an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die persönliche Gesundheit sowie die verstärkte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Dazu hat die ARAG im Geschäftsjahr ein Programm unter dem Namen „ARAGcare“ ins Leben gerufen.

II. Ertragslage

Verlauf des gesamten Versicherungsgeschäfts Die gebuchten Bruttobeiträge sind im Berichtsjahr um 3,3 Prozent von 329,0 Millionen € auf 318,2 Millionen € gesunken. Nach Rückversicherungsabgaben und Beitragsüberträgen verblieben verdiente Nettobeiträge von 320,3 Millionen € gegenüber 328,9 Millionen € im Vorjahr.

Die Schadenzahlungen sind wegen der durch die Wirtschaftskrise verursachten erhöhten Inanspruchnahme von Rechtsschutzversicherungen im Arbeitsrechtsschutz angestiegen. Sie legten um 2,2 Prozent auf 203,7 Millionen € zu, nachdem im Vorjahr eine Reduktion um 2,3 Prozent zu verzeichnen war. Der Schadenaufwand für eigene Rechnung erhöhte sich entsprechend um 7,9 Prozent stark und betrug 205,6 Millionen €. Die bilanzielle Schadenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Prozentpunkte auf 64,2 Prozent an.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sanken im Berichtsjahr um 3,1 Prozent auf 119,0 Millionen €, nachdem bereits im Vorjahr ein Rückgang von 5,8 Prozent erreicht werden konnte. Ausschlaggebend dafür ist die weitere Verstetigung der Optimierungsarbeit. Unter Berücksichtigung der Aufwendungen aus der Zuführung der Schwankungsrückstellung für das übernommene Geschäft von 1,5 Millionen € und der übrigen versicherungstechnischen Aufwendungen und Erträge mit einem Saldo von 1,6 Millionen € Ertrag ist das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung nach einer Erholung im Vorjahr wieder negativ. Der Verlust beträgt 4,2 Millionen €.

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts in Deutschland Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 Prozent gesunken. Sie beliefen sich auf 301,2 Millionen € gegenüber 314,2 Millionen € im Vorjahr. Der Rückgang ist auf den gesättigten Versicherungsmarkt und den scharfen Wettbewerbsdruck zurückzuführen. Weiterhin hat das Unternehmen sein sehr gutes Potenzial auf dem deutschen Rechtsschutzmarkt im vergangenen Geschäftsjahr wegen der erst zum Jahresende vollendeten Vertriebsumstrukturierung noch nicht vollständig nutzen können.

Insgesamt ist der Bestandsbeitrag von 307,5 Millionen € im Vorjahr auf 292,3 Millionen € im Geschäftsjahr gesunken. Nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge und der Veränderung der Beitragsüberträge verblieben als verdiente Nettobeiträge 303,0 Millionen € (Vj. 314,5 Millionen €).

Die Schadenzahlungen stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Sie erhöhten sich von 194,0 Millionen € auf 196,8 Millionen €. Trotz des konsequenten Ausbaus und der Nutzung des bundesweiten Anwaltsnetzwerks konnten die Steigerungstendenzen aus der vermehrten Inanspruchnahme des Arbeitsrechtsschutzes nicht vollständig kompensiert werden.

Der Geschäftsjahresschadenaufwand ist im Bilanzjahr 2009 auf 217,3 Millionen € angestiegen. Die Geschäftsjahresschadenquote (brutto) liegt wegen dieser Erhöhung mit 71,7 Prozent der verdienten Beiträge weit über dem Vorjahreswert von 66,4 Prozent. Die positiven Auswirkungen aus der Straffung der Geschäftsprozesse auch im Bereich des Leistungsmanagements wurden bereits in den Vorjahren berücksichtigt. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 427.377 Schäden gemeldet. Die Zahl der Schadenmeldungen ist gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent angestiegen.

Die Abwicklung der Vorjahresschadenrückstellung ergab einen Abwicklungsgewinn von 20,8 Millionen €.

Rückversicherungsanteile waren im Geschäftsjahr nicht zu berücksichtigen. Es verblieb ein Schadenaufwand von 196,4 Millionen € gegenüber 183,4 Millionen € im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb liegen mit 112,3 Millionen € um 3,8 Millionen € unterhalb des Vorjahreswerts, nachdem bereits in den Vorjahren maßgebliche Einsparungen realisiert werden konnten. Die Einsparungen sind das Ergebnis der in den letzten Jahren durchgeführten Effizienzsteigerungsprogramme. Die Provisionen sind gegenüber dem Vorjahr leicht von 53,5 Millionen € auf 53,1 Millionen € zurückgegangen. Die Verwaltungskosten haben sich im Berichtsjahr leicht von 36,9 Prozent auf 37,1 Prozent erhöht.

Durch den im Arbeitsrecht gestiegenen Schadenaufwand weist das versicherungstechnische Ergebnis einen Verlust aus. Im inländischen selbst abgeschlossenen Geschäft lag es brutto bei -4,0 Millionen €, nachdem im Vorjahr ein Gewinn von 16,3 Millionen € entstanden war. Netto entstand ein Verlust von 4,1 Millionen € gegenüber einem Gewinn von 16,2 Millionen € im Vorjahr.

Eine Schwankungsrückstellung nach § 29 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) war für das selbst abgeschlossene Geschäft nicht zu bilden.

Verlauf des Versicherungsgeschäfts der Niederlassung in Griechenland für das selbst abgeschlossene Geschäft Die Niederlassung Griechenland hat im Berichtsjahr Beitragseinnahmen von insgesamt 2.875 T€ erzielt, was einer Steigerung um 20,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei Schadenaufwendungen von 829 T€ und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.311 T€ entstand ein technischer Verlust von 421 T€ (Vj. 393 T€).

Verlauf des übernommenen Versicherungsgeschäfts Durch die Zentrale in Düsseldorf wird Geschäft von den Konzerngesellschaften in den USA und Belgien, Fremdgeschäft aus zwei Rückversicherungsverträgen sowie durch die Zweigniederlassung in Griechenland in Rückdeckung übernommen. Die übernommenen Beiträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf 14,2 Millionen € nach 12,4 Millionen € im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schadenaufwendungen von 8,4 Millionen € (Vj. 6,5 Millionen €) und der Verwaltungsaufwendungen von 4,4 Millionen € (Vj. 4,7 Millionen €) entstand ein technischer Gewinn vor Schwankungsrückstellung von 1,7 Millionen € (Vj. 0,9 Millionen €).

Die Schwankungsrückstellung wurde im Geschäftsjahr um 1,5 Millionen € erhöht, nachdem ihr im Vorjahr bereits 2,0 Millionen € zugeführt wurden. Das versicherungstechnische Ergebnis des übernommenen Geschäfts weist einen Gewinn von 0,2 Millionen € (Vj. 1,1 Millionen € Verlust) aus.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis Das Beteiligungsergebnis der ARAG Rechtsschutz entwickelt sich zuverlässig und stetig ansteigend. Der Beteiligungsertrag aus den Tochtergesellschaften lag im Geschäftsjahr bei 19,0 Millionen € gegenüber 14,1 Millionen € im Vorjahr. Die Auslandsbeteiligungen tragen mit 16,2 Millionen € den größten Teil zum Beteiligungsergebnis bei.

Mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG wurde im Geschäftsjahr 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Die Ertragsituation bei dieser Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert, so dass ein Gewinn in Höhe von 23,4 Millionen € übernommen wurde (Vj. 21,8 Millionen €).

Wegen der im Vorjahr durch die weltweite Finanzkrise ausgelösten Turbulenzen auf dem Kapitalmarkt und der Ausweitung der Bonitätsrisiken mit der Folge sinkender Kurse wurden außerplanmäßige Abschreibungen besonders auf Spezialfondsanteile erforderlich. Im Berichtsjahr ist wegen der Geldmengenausweitungen durch die Zentralbanken und der stützenden Konjunkturmaßnahmen der Staatsregierungen eine Beruhigung eingetreten, die zu wieder ansteigenden Kursen geführt hat. Die Kursentwicklung auf den Aktien- und Rentenmärkten hat sich auf den Wertpapierbestand bei konservativer Bewertung mit -0,4 Millionen € ausgewirkt.

Bei der Bewertung der Aktienbestände wurden die Börsenkurse zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Rentenbestände sind – soweit keine bonitätsbedingten Abschläge zu berücksichtigen waren – mit dem Zeitwert oder dem Einlösungsbetrag bewertet worden. Eine Liquiditätsplanung hat den Nachweis geliefert, dass die als Anlagevermögen gehaltenen Spezialfondsanteile und festverzinslichen Wertpapiere nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts zur Liquiditätsdeckung erforderlich sind.

Auf die Beteiligungsbuchwerte von zwei verbundenen Unternehmen und einem assoziierten Unternehmen mussten wegen dauerhafter Wertminderungen Abschreibungen in Höhe von 4,2 Millionen € vorgenommen werden.

Die laufenden Grundstückserträge sind von 2,4 Millionen € auf 1,1 Millionen € zurückgegangen.

Die ordentlichen Erträge aus anderen Kapitalanlagen (Wertpapiere) betragen 23,7 Millionen € nach 25,7 Millionen € im Vorjahr. Der Rückgang ist vor allem durch den durch die Senkung des Zinssatzes für Hauptfinanzierungsgeschäfte auf 1 Prozent seitens der Europäischen Zentralbank ausgelösten Zinsrückgang auf dem Geldmarkt verursacht. Zinserträge aus Termingeldeinlagen sanken von 2,3 Millionen € im Vorjahr auf 0,6 Millionen € im Berichtsjahr.

Wegen im Berichtsjahr erfolgter Umstrukturierungen bei den Spezialfondsanteilen konnten Abgangsgewinne in Höhe von 4,7 Millionen € realisiert werden.

Das Kapitalanlageergebnis beträgt 57,7 Millionen € und ist damit wieder auf dem Niveau, das vor der Finanzkrise realisiert werden konnte.

Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 16,4 Millionen € (Vj. 26,4 Millionen €) aus. Dieser Verlust ist planmäßig angefallen. Hierin sind Aufwendungen enthalten, denen Erträge nicht direkt zugeordnet werden können, wie zum Beispiel die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung und der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten. Im Vorjahr waren zusätzlich Aufwendungen für Umstrukturierungsmaßnahmen im Vertrieb in Höhe von 8,5 Millionen € enthalten.

Steuern Das zu versteuernde Einkommen bei der Körperschaftsteuer enthält wegen Ergebnisabführungsverträgen auch die Bemessungsgrundlagen aus der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG und der Interlloyd Versicherungs-AG. Nach Berücksichtigung der Modifikationen zur Einkommensermittlung gegenüber dem handelsrechtlichen Ergebnis ergibt sich ein zu versteuerndes Einkommen von 38,1 Millionen € (Vj. 40,1 Millionen €). Nach Verrechnung des Verlustvortrags von 2,7 Millionen € (Vj. 9,9 Millionen €) entsteht eine Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag von 5,6 Millionen € (Vj. 4,0 Millionen €).

Bei der Gewerbesteuer besteht als Organträger ebenfalls eine Organschaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG und der Interlloyd Versicherungs-AG. Bei einem Gewerbeertrag von 46,2 Millionen € (Vj. 44,7 Millionen €) entstand ein Gewerbesteueraufwand von 7,1 Millionen € (Vj. 6,9 Millionen €).

Daneben wurden Steuern für bereits abgelaufene Veranlagungszeiträume aufgrund von Betriebsprüfungsfeststellungen und erforderlichen Korrekturveranlagungen in Höhe von saldiert 2,0 Millionen € Ertrag (Vj. 3,3 Millionen € Aufwand) erfolgswirksam. Wegen zu erwartender Rechtsstreitigkeiten aus der laufenden Betriebsprüfung wurde zudem eine Vorsorge im Umfang von 1,2 Millionen € getroffen und in die Steuerrückstellungen eingestellt.

Der Aufwand für sonstige Steuern enthält in Höhe von 0,9 Millionen € Beträge, die aufgrund der abgeschlossenen und noch erwarteten Lohnsteuerprüfungen als Haftungsanspruchnahme aufwandswirksam wurden.

In Anbetracht der Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ab 2010 wurden im Vorjahr erstmalig die aufgrund von abweichenden steuerlichen Wertansätzen gegenüber denen in der Handelsbilanz entstehenden Steuerentlastungsbeträge nachfolgender Geschäftsjahre aktiviert. Dabei wurde die Bilanzierung der Entlastungsbeträge auf die Beträge, die auf die nach § 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. e Einkommensteuergesetz (EStG) geforderte Abzinsung von versicherungstechnischen Rückstellungen zurückgehen, begrenzt. Der Steueraufwand des Geschäftsjahres wurde dadurch um 0,6 Millionen € belastet (Vj. 6,2 Millionen € Entlastung).

Gesamtergebnis Erfolgreiche Kostensenkungen aus Effizienzsteigerungsprogrammen und Umstrukturierungsmaßnahmen konnten den Rückgang der Beiträge und die Steigerung des Schadenaufwands im selbst abgeschlossenen Geschäft nicht kompensieren, so dass die versicherungstechnische Rechnung mit einem Verlust von 4,2 Millionen € schließt. Im Vorjahr konnte ein Gewinn von 14,7 Millionen € erzielt werden.

In der nichtversicherungstechnischen Rechnung beläuft sich das Kapitalanlageergebnis auf 57,7 Millionen € gegenüber 30,0 Millionen € im Vorjahr. Gestiegene Beteiligungserträge, stabile hohe Gewinnabführungserträge, Veräußerungsgewinne und das Ausbleiben weiterer Abschreibungen haben zu diesem verbesserten Ergebnis geführt.

Das sonstige Ergebnis ist wegen der gesunkenen Aufwendungen für Strukturmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich deutlich verbessert und ist von 18,3 Millionen € im Vorjahr auf 37,1 Millionen € im Berichtsjahr angestiegen. Nach Berücksichtigung des Steueraufwands verbleibt ein Jahresüberschuss von 23,4 Millionen €.

Der gesetzlichen Rücklage sind nach § 150 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) 0,4 Millionen € zuzuführen, so dass der Hauptversammlung unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ein Bilanzgewinn von 23,1 Millionen € zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung steht.

Unter Berücksichtigung der schwierigen konjunkturellen Lage, die im ersten Halbjahr noch von einer schweren Rezession geprägt war, hat sich die ARAG Rechtsschutz erfolgreich in einem anspruchsvollen Umfeld behauptet.

III. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen. Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind gemäß § 53c Abs. 3 Nr. 3b Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als Eigenmittel qualifiziert. Die Anleihe besitzt eine unbegrenzte Laufzeit und ist durch die ARAG nach zehn Jahren ab Emission kündbar.

Die Eigen- und Garantiemittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

| Eigen- und Garantiemittel | | |
|--|------------|------------|
| (in Millionen Euro) | 31.12.2009 | 31.12.2008 |
| Gezeichnetes Kapital | 100 | 100 |
| Kapital- und Gewinnrücklagen | 166 | 166 |
| Bilanzgewinn, soweit nicht zur Ausschüttung bestimmt | 8 | 0 |
| Eigenkapital | 274 | 266 |
| Nachrangianleihe | 50 | 50 |
| Eigenmittel | 324 | 316 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen | 638 | 637 |
| Garantiemittel | 962 | 953 |

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2009

| (in Euro) | 2009 | 2008 |
|---|--------------------|--------------------|
| I. Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit | | |
| Jahresüberschuss | 23.426.788 | 10.512.232 |
| Veränderung der versicherungstechnischen Nettorückstellungen | 1.381.983 | -6.866.607 |
| Veränderung der Depotforderungen und -verbindlichkeiten sowie der Abrechnungs- forderungen und -verbindlichkeiten | 460.945 | 657.462 |
| Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten | 3.750.218 | 17.500.195 |
| Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen | -4.762.455 | -427.266 |
| Abschreibungen auf Kapitalanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände | 13.721.894 | 36.104.192 |
| Zuschreibungen zu Kapitalanlagen | -7.975.301 | -2.523.395 |
| Veränderung des Sonderpostens mit Rücklageanteil | 0 | -5.573.079 |
| Veränderung der übrigen Aktiva und Passiva | 2.138.298 | -8.258.708 |
| Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit | 32.142.370 | 41.125.026 |
| II. Mittelfluss aus Investitionstätigkeit | | |
| Einzahlungen aus der Tilgung und dem Verkauf von Kapitalanlagen | 72.589.509 | 64.764.781 |
| Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalanlagen | -113.745.278 | -88.203.429 |
| Einzahlungen aus dem Verkauf von immateriellen Vermögensgegenständen | 0 | 0 |
| Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen | -610.053 | -1.786.526 |
| Mittelfluss aus Investitionstätigkeit | -41.765.822 | -25.225.174 |
| III. Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit | | |
| Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen | 0 | 26.800.000 |
| Auszahlungen an Unternehmenseigner | 0 | 0 |
| Dividendenzahlungen | -10.000.000 | -15.800.000 |
| Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit | -10.000.000 | 11.000.000 |
| Zahlungswirksame Veränderungen des Zahlungsmittelbestands | -19.623.452 | 26.899.852 |
| Zahlungsmittel zu Beginn des Geschäftsjahres | 65.218.880 | 38.319.028 |
| Zahlungsmittel am Ende des Geschäftsjahres | 45.595.428 | 65.218.880 |
| Veränderung des Zahlungsmittelbestands im Geschäftsjahr | -19.623.452 | 26.899.852 |

Der Zahlungsmittelbestand umfasst neben den Banksalden und dem Kassenbestand auch die kurzfristig disponierten Tages- und Festgelder des Kapitalanlagebestands.

IV. Vermögenslage

Kapitalanlagen Die im Geschäftsjahr um 18,0 Millionen € oder 1,7 Prozent auf 1.086,4 Millionen € gestiegenen Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

| Kapitalanlagestruktur | | | | |
|---|--------------|---------------|--------------|---------------|
| (in Millionen Euro) | 2009 | | 2008 | |
| Grundstücke und Bauten | 57 | 5,2% | 59 | 5,5% |
| Verbundene Unternehmen und Beteiligungen | 353 | 32,5% | 320 | 30,0% |
| Aktien und Investmentanteile | 488 | 44,9% | 511 | 47,8% |
| Inhaberschuldverschreibungen | 21 | 1,1% | 13 | 1,1% |
| Hypotheken-, Grundschul-, Rentenschuldforderungen | 7 | 0,6% | 8 | 0,7% |
| Namenschuldverschreibungen | 41 | 3,8% | 26 | 2,4% |
| Schuldscheinforderungen, Darlehen | 80 | 7,4% | 70 | 6,6% |
| Übrige Ausleihungen | 1 | 0,1% | 1 | 0,1% |
| Einlagen bei Kreditinstituten | 37 | 3,4% | 59 | 5,5% |
| Andere Kapitalanlagen | 0 | 0,0% | 0 | 0,0% |
| Depotforderungen | 1 | 0,1% | 1 | 0,1% |
| Gesamt | 1.086 | 100,0% | 1.068 | 100,0% |

Investmentanteile wurden nach § 341b Abs. 2 Satz 1 Handelsgesetzbuch (HGB) mit einem Buchwert von 440,4 Millionen € (Vj. 472,7 Millionen €) und Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 15,1 Millionen € (Vj. 0 €) dem Anlagevermögen zugeordnet.

Der Verkehrswert der Kapitalanlagen beträgt zum 31. Dezember 2009 insgesamt 1.387,9 Millionen € gegenüber 1.301,3 Millionen € zum 31. Dezember des Vorjahres. Die Bewertungsreserven betragen damit unter Berücksichtigung der in den Rechnungsabgrenzungsposten bilanzierten Agio- und Disagiobeträge der nach § 341c HGB zum Nennwert bilanzierten Wertpapiere 301,7 Millionen €.

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht auf den Seiten 44 und 45.

V. Produktentwicklung und andere Leistungsfaktoren

Die ARAG Rechtsschutz hat im Berichtsjahr weiter in die Qualität ihrer Produkte und Services investiert. Der neue ARAG Aktiv-Rechtsschutz stärkt die außergerichtliche Konfliktlösung. Zum Versicherungsumfang gehört nun die Möglichkeit der Mediation, um Streitigkeiten mit Hilfe eines neutralen Dritten schnell und einfach beizulegen. Auch das Anwalts-Telefon „JuraTel“, das rund um die Uhr erreichbar ist und vom TÜV mit der Note „sehr gut“ bewertet wurde, ist stets inbegriffen. Selbstverständlich gilt auch weiterhin der klassische Kostenschutz mit Übernahmen von Anwalts- und Gerichtskosten im Privatrechtsschutz, Arbeitsrechtsschutz, Wohnungsrechtsschutz und Verkehrsrechtsschutz. Zusätzlich können ARAG Kunden über den ARAG Online Rechts-Service verfügen, in dessen Rahmen über 800 rechtlich geprüfte Mustervorlagen und -verträge nutzbar sind.

In einem Leistungsvergleich der Premiumprodukte von 26 Rechtsschutzversicherern durch das Finanzmagazin Focus-Money belegte der neue ARAG Aktiv-Rechtsschutz einen hervorragenden zweiten Platz.

VI. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres hat die ARAG Rechtsschutz die Interiura International AG an ein niederländisches Unternehmen verkauft. Die Interiura ist auf die internationale Schadenregulierung im Auftrag Dritter spezialisiert. Der Verkauf wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2010 vollzogen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

VII. Abhängigkeitsbericht

An der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist die ARAG Aktiengesellschaft, Düsseldorf (ARAG AG), mittelbar mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde der ARAG Rechtsschutz am 28. April 2000 durch das Geschäftsführungsorgan der ARAG AG nach § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt.

Damit ist die ARAG Rechtsschutz ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG AG.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit folgender Erklärung:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Maßnahmen keine anderen berichtspflichtigen Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen. Durch die auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden oder den mit ihm verbundenen Unternehmen durchgeführten Maßnahmen ist unserer Gesellschaft kein Nachteil entstanden.“

VIII. Risikobericht

Grundsätze der Risikosteuerung Die gezielte Übernahme und Steuerung von Risiken zählt zu den Kernkompetenzen der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG. Das Risikomanagementsystem als integraler Bestandteil aller risikorelevanten Prozesse stellt sicher, dass keine Handlungen oder Entscheidungen getroffen werden, die sich außerhalb der in der Risikostrategie und der Risk Policy formulierten Vorgaben bewegen. Das Risikomanagementsystem wird regelmäßig einer Prüfung durch die Konzern Revision des ARAG Konzerns unterzogen. In Verbindung mit dem integrierten Risikomanagement ist die Gesellschaft in der Lage, neue Risiken oder risikobehaftete Entwicklungen frühzeitig zu identifizieren, nach einheitlichen Kriterien systematisch zu beurteilen und aktiv zu managen. Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems ist zudem Bestandteil der Prüfung im Rahmen des Jahresabschlusses.

Regelkreis der Risikosteuerung Die als Regelkreis ausgestaltete Risikosteuerung umfasst die Prozesse Risikoidentifizierung, Risikoanalyse und -beurteilung, Managemententscheidung und Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und Kommunikation.

Risikoidentifizierung: Ziel der Risikoidentifizierung ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte adäquat identifiziert und in die bestehenden Limit- und Überwachungsprozesse integriert.

Risikoanalyse und -beurteilung: Alle identifizierten Risiken werden mit Hilfe geeigneter Methoden und auf Grundlage systematisch erhobener und fortlaufend aktualisierter Daten kontinuierlich quantifiziert, analysiert und beurteilt. Zentrales Element ist hierbei der für alle quantifizierbaren Verlustrisiken ermittelte Risikokapitalbedarf (Value at Risk) zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Sowohl die Methodik als auch die Risikopositionen werden regelmäßig durch Sensitivitätsanalysen, Stress-Tests, Backtesting und Validierungstests verifiziert und plausibilisiert. Konzernweite Risikostandards stellen die konsistente und angemessene Vorgehensweise bei der Risikoabbildung, der Performancemessung sowie der Verwendung relevanter Risikoparameter in den Berechnungen sicher.

Managemententscheidung und Risikosteuerung: Die Risikomanagementfunktionen auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene legen geeignete Strategien und Konzepte fest, die sowohl das bewusste Eingehen von Risiken als auch die Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen im Sinne von Risikoverminderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation aller identifizierten und analysierten Risiken verfolgen. Eine Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken jederzeit mit der Risikostrategie beziehungsweise der Risikotragfähigkeit vereinbar sind.

Risikoüberwachung und Kommunikation: Die tatsächliche Limitauslastung wird durch Abgleich der eingegangenen Risiken mit den vorgegebenen Limiten ermittelt und laufend überwacht. Zur Früherkennung übergreifender Risikotrends wird eine regelmäßige Analyse der Portfolios vorgenommen. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird der Geschäftsleitung kontinuierlich, zeitnah und uneingeschränkt Bericht erstattet. Dadurch können die Entscheidungsträger Risiken proaktiv steuern. Die externe Kommunikation von Risiken berücksichtigt die Interessen der Aktionäre und der Aufsichtsbehörden.

FOKUSTHEMA**Solvency II, Risikokapitalbedarf und internes Risikokapitalmodell**

Das Ziel des europaweiten Solvency-II-Projekts besteht in einer Neuregelung der Solvabilitätsvorschriften für Versicherungsunternehmen, die voraussichtlich ab 2012 zur Anwendung kommen. Gegenüber den bestehenden Solvabilitätsvorschriften nach Solvency I orientieren sich die neuen Solvabilitätsvorschriften sehr viel stärker an den Risiken, die mit dem Geschäftsmodell eines Versicherungsunternehmens verbunden sind (zum Beispiel versicherungstechnisches Risiko, Marktrisiko etc.). Zur Feststellung der Solvabilität unter Solvency II wird der nach einem Standardansatz oder einem zertifizierten internen Risikokapitalmodell ermittelte Risikokapitalbedarf dem im Unternehmen vorhandenen Risikokapital, das zur Verlustabdeckung herangezogen werden kann, gegenübergestellt.

Der Risikokapitalbedarf definiert die finanziellen Mittel, die erforderlich sind, damit die ARAG Rechtsschutz auch in extrem schlecht verlaufenden Geschäftsjahren den Verpflichtungen gegenüber den Anspruchstellern mit hoher Wahrscheinlichkeit nachkommen kann. Der Risikokapitalbedarf entspricht dem Value at Risk und wird auf der Grundlage eines internen Risikokapitalmodells entsprechend den Vorgaben von Solvency II für einen Zeitraum von einem Jahr und einem Sicherheitsniveau von 99,5 Prozent ermittelt.

Aufgaben und Organisation des Risikomanagements Das Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Geschäftssteuerung. Im Rahmen dieser Steuerung ist das Risikomanagement darauf ausgerichtet, die Finanzkraft der Gesellschaft zu sichern und ihren Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Durch das effektive und integrierte Risikomanagement werden die Ansprüche der Kunden mit einem Höchstmaß an Sicherheit erfüllt und für die Aktionäre nachhaltig Unternehmenswert geschaffen. Entsprechend diesem Anspruch sind Risiko- und Kapitalaspekte fester Bestandteil des strategischen Planungsprozesses und gleichzeitig Basis für die wert- und risikoorientierte Steuerung gemäß des EVA®-Konzepts. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen wie der Mitglieder des Vorstands, der Führungskräfte, der dezentralen und zentralen Risikocontroller und -manager sind in der Group Risk Policy des ARAG Konzerns klar definiert und dokumentiert. Die Verantwortung für die Übernahme von Risiken und die Kontrollfunktionen sind durch das in 2009 bei der als Konzernholding fungierenden ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG neu geschaffene Ressort Konzern Risikomanagement/Controlling bis auf die Vorstandsebene strikt voneinander getrennt. Der Leiter dieses Vorstandsressorts steuert in seiner Rolle als Chief Risk Officer die Risiken der Gesellschaft und stellt die zentrale Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sicher. Zudem obliegt ihm die ressortübergreifende Planung, Steuerung und Überwachung der gesamten Risikoarchitektur. Die Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in der Regel in den operativen Einheiten

auf der Grundlage der den Risikorahmen begrenzenden Group Risk Policy getroffen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben werden sie vom Konzern Risikomanagement als unabhängige Risikocontrollingfunktion unterstützt. Die systematische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems folgt dem Grundsatz einer ganzheitlichen Betrachtung der aktiv- und passivseitigen Risiken. Das Konzern Risikomanagement ist in allen nationalen und internationalen Gesellschaften dafür verantwortlich, die aktiv- und passivseitigen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu überwachen und damit verbundene Vorstandsentscheidungen vorzubereiten.

Das Konzern Risikomanagement trägt die Prozessverantwortung für das Risikomanagementsystem und ist für dessen Weiterentwicklung verantwortlich. Zudem obliegt ihm die Erarbeitung von Vorschlägen von konzernweiten einheitlichen Standards bezüglich der Überwachung ressort- und bereichsübergreifender Risiken. Darüber hinaus entwickelt das Konzern Risikomanagement konzernweit die Modelle zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit, des Risikokapitals und zur Risikokapitalallokation. Das Kapitalanlagecontrolling stellt eine unabhängige Risikocontrollingfunktion dar, die im Rahmen des Kapitalanlageprozesses das Asset-Liability-Management überprüft. Dabei steht neben den aktiv- und passivseitigen ökonomischen und bilanziellen Risiken auch ein mögliches Mismatch zwischen den passivseitig gegebenen versicherungstechnischen Verpflichtungen und deren Bedeckung durch das aktivseitige Vermögen im Fokus. Die Vorgaben für die Festlegung und die Steuerung dieser Risikofelder werden vom Konzern Risikomanagement definiert und überwacht. Die im Risikomanagementsystem eingesetzten zentralen und dezentralen Instrumente und Prozesse folgen einem ganzheitlichen Ansatz, der ökonomische Rahmenbedingungen ebenso einbezieht wie die Anforderungen und Erwartungen der Kunden, der Aufsichtsbehörden, der Ratingagenturen und der Aktionäre. Darüber hinaus besteht eine strikte Funktionstrennung zwischen der operativen Steuerung der Risiken und dem Konzern Risikomanagement. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der internen Revision und dem Konzern Risikomanagement. Die implementierten Systeme erfüllen die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Der vorliegende Risikobericht orientiert sich am Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 5 – 20 zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen. Dieser Vorgabe entsprechend gliedert sich das Gesamtrisiko in die Kategorien versicherungstechnische Risiken, Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Risiken aus Kapitalanlagen, operationale Risiken und sonstige Risiken.

FOKUSTHEMA

MaRisk VA

Am 23. Januar 2009 hat die Aufsichtsbehörde BaFin die „Aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungen (MaRisk VA)“ veröffentlicht. Die MaRisk VA legen den mit der letzten VAG-Novelle neu ins VAG aufgenommenen § 64a VAG zur Geschäftsordnung aus Sicht der Aufsichtsbehörde verbindlich aus.

Zur Umsetzung der MaRisk VA hat der ARAG Konzern in 2009 ein Projekt gestartet. Das Ziel des Projekts war es, alle durch die MaRisk VA vorgegebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement mit dem zu diesem Zeitpunkt bestehenden Risikomanagementsystem zu vergleichen (GAP-Analyse) und die gefundenen GAPs bis zum Ende des Geschäftsjahres zu schließen beziehungsweise soweit voranzutreiben, dass sie nach dem Ende des Projekts im Rahmen der Linientätigkeit abgeschlossen werden können. Das Projekt wurde Ende Februar 2010 erfolgreich abgeschlossen.

Versicherungstechnische Risiken: Aufgrund der Produkt- und Kundenstruktur birgt der Versicherungsbestand nur wenige außerordentliche Risiken bezüglich möglicherweise eintretender bestandsgefährdender Großschäden. Diese sind über Rückversicherungsverträge abgesichert, so dass nur der vertretbare Selbstbehalt verbleibt, der keine Bestandsgefährdung bedeutet. Einfluss auf die Schadenentwicklung haben vielmehr Auswirkungen, die sich aufgrund veränderter gesetzlicher, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen ergeben. Des Weiteren können sich die Schadenaufwendungen durch Änderungen von Gesetzen und Verordnungen oder Gerichts- und Anwaltskosten auch für bereits eingetretene Schäden erhöhen. Diesen Risiken wird durch ständige Beobachtung der gesetzlichen und sozialen Entwicklung und der Analyse über die Auswirkungen für den Versicherungsbestand begegnet. Versicherungstarife und -bedingungen werden bei Bedarf angepasst und in den Schadenrückstellungen werden ausreichende Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Des Weiteren wird das Prämienrisiko in Teilbeständen über eine Beitragsangleichungsklausel und damit eine Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Schadenentwicklung reduziert.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Bruttoschadenentwicklung der letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen (selbst abgeschlossenes Geschäft der Hauptverwaltung). Mit Ausnahme des letzten Jahres, das durch die Wirtschaftskrise (Ausweitung der Arbeitsrechtsschutzfälle) beeinflusst ist, ergeben sich keine wesentlichen Schwankungen:

Schadenentwicklung

| Bilanzjahr | Schadenquote, brutto, gesamt | | Abwicklungsergebnis in % der Eingangsrückst. |
|------------|------------------------------|------------|---|
| | GJ-Quote | bilanziell | |
| 2009 | 71,7 | 64,8 | 3,8 |
| 2008 | 66,5 | 58,3 | 4,6 |
| 2007 | 66,0 | 63,0 | 1,8 |
| 2006 | 69,3 | 64,6 | 2,8 |
| 2005 | 69,4 | 63,6 | 3,5 |
| 2004 | 66,6 | 65,5 | 0,7 |
| 2003 | 65,2 | 57,5 | 4,9 |
| 2002 | 66,2 | 58,9 | 4,8 |
| 2001 | 64,5 | 60,5 | 2,8 |
| 2000 | 62,4 | 58,4 | 2,9 |

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft: Der Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft wird durch ein effizientes und konsequentes Mahnverfahren minimiert. Das Restausfallrisiko ist durch die Dotierung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen im Jahresabschluss mit 2,3 Millionen € (Vj. 2,2 Millionen €) berücksichtigt.

Der Forderungsbestand aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft gegenüber Versicherungsnehmern, der am Bilanzstichtag älter als drei Monate war, beträgt 2,1 Millionen € (Vj. 3,4 Millionen €). Der Nettoausfall nach Provisionsrückbelastung hat in den letzten drei Jahren 13,5 Prozent (2009), 12,1 Prozent (2008) und 3,3 Prozent (2007) des Forderungsbestands betragen.

Risiken aus Kapitalanlagen: Im Kapitalanlagebereich gewährleisten die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anlagevorschriften der §§ 54 ff. VAG sowie die hierzu erlassene Anlageverordnung bereits ein hohes Maß an Risikobegrenzung hinsichtlich der Mischung und Streuung der Kapitalanlagen. Darüber hinaus hat die ARAG Rechtsschutz Anlagerichtlinien entwickelt, welche die Kapitalanlagerisiken weiter begrenzen. Derivative Finanzinstrumente werden nur in sehr begrenztem Umfang und ausschließlich zur Absicherung von Kurs- oder Zinsänderungsrisiken in Fonds eingesetzt. Seit dem Geschäftsjahr 2008 hat die Gesellschaft Anteile an Spezial-Investmentvermögen dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Seit 2009 wurden auch einzelne Inhaberpapiere wie Anlagevermögen behandelt. Alle anderen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Als Versicherungsunternehmen ist die Übernahme von Risiken und das professionelle Management von Risiken das Basisgeschäft der ARAG Rechtsschutz und daher auch wesentliches Element der Kapitalanlagensteuerung. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen insbesondere das Marktrisiko, das Bonitätsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Eine breite Streuung der Portfolios begrenzt die Einzelrisiken, indem die Kapitalanlagen nach Anlagearten, Schuldnern und Regionen stark diversifiziert werden.

Dem Marktrisiko wird durch ein risikokapitalbasiertes Steuerungskonzept begegnet, das in Verbindung mit einer permanenten Marktbeobachtung und einer zeitnahen Berichterstattung ein Kapitalanlagen-Frühwarnsystem ermöglicht. Ergänzend kommt ein Absicherungskonzept zum Einsatz, das beim Erreichen bestimmter Kursindizes die Aktienbestände gegen weitere Kursverluste absichert. Die regelmäßige Überprüfung der Risikosituation und der finanziellen Stabilität erfolgt darüber hinaus vierteljährlich in Form von internen Tests, denen die Kriterien der aufsichtsrechtlichen Stress-Tests zugrunde liegen. Die Stress-Tests überprüfen, ob die Gesellschaft trotz extremer Krisensituationen an den Kapitalmärkten in der Lage wäre, ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. In den vier Szenarien der Stress-Tests werden folgende gleichzeitig eintretende Wertverluste unterstellt:

| Szenario | R10 | A16 | RA17 | AI22 |
|------------|-------|------|------|------|
| Renten | - 10% | - | -5% | - |
| Aktien | - | -16% | -12% | -12% |
| Immobilien | - | - | - | -10% |

Als Ergebnis dieser Analysen lässt sich zum Bilanzstichtag feststellen, dass die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG sämtliche vonseiten der Aufsichtsbehörde obligatorischen Stress-Tests uneingeschränkt bestanden hat.

Strenge Anforderungen an die Finanzstärke der Schuldner und die Vermeidung einer Konzentration auf einzelne Schuldner reduzieren das Bonitätsrisiko der ARAG Rechtsschutz in hohem Maße. Die Beschränkung der festverzinslichen Wertpapiere auf nahezu ausschließliche Anlagen im Investmentgrade-Bereich trägt diesem Grundsatz Rechnung.

Das Bonitätsrisiko stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Investmentfonds gehaltenen Werte – entfallen zirka 45 Prozent auf Banken mit Investmentgrade-Qualität, 40 Prozent auf Staatsanleihen und 15 Prozent auf Unternehmensanleihen. Rund 89 Prozent der Einzelrisiken weisen ein Mindestrating von „A“ nach Standard & Poor's oder ein vergleichbares Rating auf. Das Ausfallrisiko als Ausprägung des Bonitätsrisikos sieht die Gesellschaft aufgrund der Bonität des Wertpapierbestands, der Deckungsmasse bei den Pfandbriefen sowie den staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen für den Bankensektor infolge der Finanzmarktkrise als gering an.

Die Gesellschaft hält Staatsanleihen von sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) einschließlich der Bestände in Spezialfonds nur in sehr geringem Umfang (1,1 Prozent bezogen auf alle Kapitalanlagen). Genussscheine und stille Beteiligungen sind nicht im Bestand. Das Währungsrisiko von Rententiteln ist auf maximal 5 Prozent des Anlagevolumens begrenzt. Ein hypothetischer Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent würde zu einem Zeitwertverlust von 39 Millionen € führen. Ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um ein Prozent würde den Zeitwert der Rententitel (Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen)

um 28 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen. Der aufsichtsrechtliche Stress-Test zum Jahresultimo wurde, wie zuvor ausgeführt, durchgeführt und erfolgreich bestanden. Einem Aktienrisiko unterliegen 4 Prozent der Kapitalanlagen.

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine revolvingierende Finanzplanung begrenzt, in der die Zahlungsströme zeitnah ermittelt und im Zuge eines Asset-Liability-Managements aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus stellt die hohe Fungibilität der Kapitalanlagen eine kurzfristige Verwertbarkeit grundsätzlich sicher.

Der Einsatz von derivativen Instrumenten ist neben den allgemeinen Grundsätzen zusätzlich durch interne Richtlinien geregelt und beschränkt sich ausschließlich auf Absicherungsgeschäfte in Fonds.

Den Risiken aus Beteiligungen und Tochtergesellschaften begegnet die ARAG Rechtsschutz durch eine ständige Überwachung und Berichterstattung sowie durch die Einbindung in das Planungs- und Controllingsystem.

Operationale Risiken: Unter den operationalen Risiken werden alle Risiken zusammengefasst, die im Zusammenhang mit Personal, Prozessen, Organisation, IT, Naturkatastrophen, Technologie und dem externen Umfeld stehen. Das Portfolio der operationalen Risiken wird vierteljährlich aktualisiert. Die Risikosteuerung erfolgt durch die Anwendung von Maßnahmen, die zur Risikoabwehr, Risikovermeidung oder Risikoverminderung geeignet sind.

Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung beugt die Gesellschaft durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen vor. Interne Kontrollmaßnahmen und der permanente Einsatz der internen Revision minimieren das Risiko von gravierenden Arbeitsfehlern und Unterschlagungshandlungen.

Für das Management der operationalen Risiken (Erfassung, Verwaltung und Steuerung) wird eine professionelle Software weltweit eingesetzt.

Solvabilität: Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach § 53c VAG und der Kapitalausstattungs-Verordnung vom 13. Dezember 1983 (Bundesgesetzblatt I S. 1451), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (Bundesgesetzblatt I S. 2305) geändert worden ist, betragen wegen der Restriktion in § 1 Abs. 6 der Kapitalausstattungs-Verordnung 55,6 Millionen € (Vj. 55,6 Millionen €). Die zu der Bedeckung zur Verfügung stehenden Eigenmittel belaufen sich auf 289,4 Millionen € (Vj. 280,9 Millionen €). In diesen Eigenmitteln sind Bewertungsreserven nicht enthalten. Die Bedeckung zum 31. Dezember 2009 beträgt 520,66 Prozent (Vj. 505,41 Prozent).

Abschlussbemerkung: Besondere Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

IX. Prognosebericht

Das Jahr 2010 wird im Zeichen einer wirtschaftlichen Stabilisierung stehen. Wichtige Indikatoren für die deutsche Volkswirtschaft wie die Exportleistung zeigen eine positive Tendenz. Allerdings lässt sich noch nicht absehen, ob diese Belebung ausreicht, um die Beschäftigtenzahlen auf dem derzeitigen Niveau auch nach Auslaufen der Kurzarbeiterregelungen zu halten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht für Deutschland von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 2011 hinein aus. Auch die deutschen Verbraucher betrachten die wirtschaftliche Entwicklung mit Skepsis: Mehr als die Hälfte von ihnen geht davon aus, dass die schwierige wirtschaftliche Lage im Jahr 2010 anhalten wird (ARAG Trend 11/2009). Entsprechend werden sich die Verbraucher in ihrem Investitionsverhalten eher zurückhalten.

Mit Blick auf diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im deutschen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft von einem allenfalls geringen Beitragszuwachs auszugehen. Hinzu kommen der scharfe Verdrängungswettbewerb und die hohe Marktreife bei diesen Versicherungsleistungen.

Als unabhängiges Familienunternehmen besitzt die ARAG in diesem Umfeld eine hohe Differenzierungskraft, die aus Verbrauchersicht vor allem durch die Qualität der Produkte und Leistungen gestützt wird. Hier sieht das Unternehmen für die kommenden Jahre weiterhin einen wichtigen Investitionsbereich.

Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten liegt auch eine große unternehmerische Chance der ARAG Rechtsschutz. Die Produkte des Unternehmens schützen in der Krise aktiv vor Rechtsnachteilen und helfen, mögliche Beeinträchtigungen durch die ungünstigen wirtschaftlichen Umstände nicht über das durch die Rechtsordnung vorgesehene Maß eintreten zu lassen (zum Beispiel bei betriebsbedingten Kündigungen, bei Forderungsausfällen, bei Insolvenzen). Die Anfang 2010 neu eingeführte Produktfamilie des ARAG Aktiv-Rechtsschutzes baut den Nutzwert des Kunden deutlich aus. Neben einer weiteren Verbesserung der klassischen Versicherungsleistungen stärkt diese Produktlinie die außergerichtliche Konfliktlösung durch eines der umfassendsten Mediationsangebote auf dem Markt.

Die ARAG Rechtsschutz hat schon in den vergangenen Jahren tief greifende Optimierungsmaßnahmen durchgeführt, die ihre Nachhaltigkeit bereits unter Beweis gestellt haben. Im aktuellen Geschäftsjahr sind keine neuen Initiativen in diese Richtung vorgesehen. Vielmehr ist es nun die Zielsetzung, die guten Erfolge insbesondere bei der deutlichen Zurückführung der Kosten konsequent zu verstetigen.

Für die kommenden Jahre erwartet die Gesellschaft eine weitere Steigerung der Produktionsleistung über alle Vertriebswege hinweg. Hier wird an die bereits im Jahr 2009 eingeleitete Produktionsverbesserung angeknüpft. Es zeigt sich, dass vor allem der Stammvertrieb unter einer neuen Vertriebsführung in deutlich ruhigere Gewässer zurückgefunden hat und sich auf seine Verkaufsschlagkraft besinnt. Wie bereits 2009 wird erwartet, dass sich die Zahl der Vertriebspartner weiter erhöht. Zudem hat sich die Stimmung im ARAG Stammvertrieb deutlich verbessert. Eine Studie der psychonomics AG belegte zuletzt, dass die ARAG diejenige Gesellschaft mit der besten Entwicklung im Markt ist. Aus Sicht der Ausschließlichkeitsvertreter gehört das Unternehmen bei der Produktqualität zu den Top-Anbietern im Markt. Zudem habe sich die Empfehlungs- und Bindungsbereitschaft sehr deutlich verbessert.

Neben dem Stammvertrieb wird die ARAG Rechtsschutz auch ihre übrigen Vertriebswege weiter stärken. Dies gilt besonders für den Maklervertrieb sowie den Kooperationsvertrieb und den Verkauf via Internet. Zuletzt hat die ARAG mehr als 47 Prozent ihrer Produktion über diese Vertriebswege erzielt. Vor allem der Kooperationsvertrieb – mit Kontakten zu namhaften Unternehmen aus dem Versand- und Einzelhandel, dem Tourismus und der Finanzdienstleistungsbranche – und der Internetvertrieb werden auch im kommenden Jahr ihr starkes Wachstum fortsetzen. Im Maklervertrieb wird sich die ARAG Rechtsschutz weiterhin auf große Maklereinheiten konzentrieren. Dabei spielt die Zusammenarbeit mit führenden Finanzdienstleistern eine zentrale Rolle.

Mit Blick auf die unsichere konjunkturelle Entwicklung ist in den beiden kommenden Jahren mit keinem Beitragswachstum im heimischen Rechtsschutzgeschäft zu rechnen.

Wie bereits im Berichtsjahr geht das Unternehmen für das Jahr 2010 von einem eher gleichbleibenden Niveau im Schadenaufwand aus. Ursächlich dafür ist die Erwartung, dass sich die Zahl der arbeitsrechtlichen Streitfälle nicht vermindern wird. Erst im Jahr 2011 kann sich der Schadenaufwand wieder spürbarer verringern.

Die Verwaltungskosten werden durch den gezielten Ausbau des Vorstandsressorts für Risikomanagement gegenüber dem Status quo zunehmen. Es ist geplant, die bisherigen Einheiten für Gesellschaftscontrolling, Beteiligungscontrolling und Risikomanagement neu zu strukturieren und personell aufzustocken. Durch stetig ansteigende regulatorische Anforderungen an das Risikomanagement ist dieser Mehraufwand geboten.

Im Bereich der Kapitalanlagen wird die ARAG Rechtsschutz ihre konservative Geschäftspolitik fortsetzen. Das Unternehmen wird Finanzmarktrisiken nur maßvoll in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit eingehen, um das Kapitalanlageergebnis nachhaltig zu sichern. Vor diesem Hintergrund hat das Unternehmen seine Erwartungen für das Kapitalanlageergebnis in den kommenden beiden Geschäftsjahren nur moderat erhöht.

Die Wirtschaftskrise ist auch in anderen europäischen Ländern und in den USA zu spüren, so dass sich das Wachstum der Tochtergesellschaften verlangsamt. Die Dividendenerträge aus verbundenen Unternehmen werden daher in den nächsten Jahren nicht weiter gegenüber dem Berichtsjahr ansteigen.

Insgesamt wird das versicherungstechnische Ergebnis der nächsten beiden Jahre durch vermehrte arbeitsrechtliche Streitigkeiten belastet bleiben. Das Kapitalanlageergebnis wird sich jedoch stabil entwickeln und für einen ordentlichen Jahresüberschuss in den nächsten beiden Jahren ausreichen, der etwas unterhalb des Ergebnisses des Berichtsjahres liegen dürfte. Dabei ist unterstellt, dass keine dramatischen Turbulenzen an den Kapitalmärkten auftreten werden.

Die ARAG Rechtsschutz dankt ihren Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innen- und des Außendienstes gilt der Dank für ihren Einsatz. Dieser Dank gilt auch dem Betriebsrat für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Gewinnverwendungsvorschlag

Bilanzgewinn Bei einem Jahresüberschuss von 23.426.788,36 € ergibt sich der Bilanzgewinn wie folgt:

| Bilanzgewinn | |
|--|----------------------|
| (in Euro) | |
| Jahresüberschuss | 23.426.788,36 |
| Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | 71.675,21 |
| Einstellungen in die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG | -374.345,00 |
| Bilanzgewinn | 23.124.118,57 |

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns Der Vorstand schlägt vor, diesen Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

| Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns | |
|---|----------------------|
| (in Euro) | |
| 15,0 Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital von 100.000.000,00 € | 15.000.000,00 |
| Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen | 8.100.000,00 |
| Gewinnvortrag auf neue Rechnung | 24.118,57 |
| Bilanzgewinn | 23.124.118,57 |

Jahresabschluss

| | |
|---|----------|
| Jahresabschluss | |
| Jahresbilanz | Seite 26 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | Seite 30 |
| Anhang | |
| I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | Seite 34 |
| II. Versicherungstechnische Angaben | Seite 42 |
| III. Nichtversicherungstechnische Angaben | Seite 44 |
| IV. Sonstige Angaben | Seite 49 |
| Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers | Seite 51 |
| Bericht des Aufsichtsrats | Seite 52 |
| Organe der Gesellschaft | Seite 55 |

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände**B. Kapitalanlagen**

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

3. Beteiligungen

III. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

davon an verbundene Unternehmen: 7.000.000,00 € (Vj. 8.000.000,00 €)

4. Sonstige Ausleihungen

a) Namensschuldverschreibungen

b) Schuldscheinforderungen und Darlehen

c) Übrige Ausleihungen

5. Einlagen bei Kreditinstituten

6. Andere Kapitalanlagen

IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft:

1. an Versicherungsnehmer

2. an Versicherungsvermittler

davon an verbundene Unternehmen: 97.814,65 € (Vj. 1.929.978,38 €)

II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

davon an verbundene Unternehmen: 153.239,82 € (Vj. 154.563,18 €)

III. Sonstige Forderungen

davon an verbundene Unternehmen: 28.869.276,88 € (Vj. 24.447.324,20 €)

davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 183.278,05 € (Vj. 309.865,81 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB**Summe der Aktiva**

| | | | | 2009 | 2008 |
|--|---------------|----------------|----------------|-------------------------|-------------------------|
| | | | | 2.031.426,55 | 2.030.000,93 |
| | | | 57.277.887,61 | | 59.416.611,62 |
| | | 318.008.939,34 | | | 283.405.033,83 |
| | | 1.491.000,00 | | | 2.231.945,24 |
| | | 33.776.827,33 | | | 33.810.109,13 |
| | | | 353.276.766,67 | | 319.447.088,20 |
| | | 488.473.540,79 | | | 511.220.255,93 |
| | | 20.848.743,87 | | | 12.915.595,87 |
| | | 7.000.000,00 | | | 8.000.000,00 |
| | 40.511.291,88 | | | | 25.511.291,88 |
| | 80.000.000,00 | | | | 70.000.000,00 |
| | 1.386.800,51 | | | | 1.400.608,60 |
| | | 121.898.092,39 | | | 96.911.900,48 |
| | | 37.271.000,00 | | | 59.143.000,00 |
| | | 47.870,94 | | | 131.190,94 |
| | | | 675.539.247,99 | | 688.321.943,22 |
| | | | 301.065,80 | | 1.174.312,01 |
| | | | | 1.086.394.968,07 | 1.068.359.955,05 |
| | | 8.213.890,02 | | | 10.985.203,32 |
| | | 4.564.977,41 | | | 6.118.840,28 |
| | | | 12.778.867,43 | | 17.104.043,60 |
| | | | 3.351.257,39 | | 2.616.887,29 |
| | | | 31.863.770,87 | | 28.100.012,30 |
| | | | | 47.993.895,69 | 47.820.943,19 |
| | | | 7.384.052,24 | | 7.531.792,64 |
| | | | 8.324.427,82 | | 6.075.880,00 |
| | | | 33.492.841,01 | | 42.983.679,97 |
| | | | | 49.201.321,07 | 56.591.352,61 |
| | | | 3.041.998,99 | | 2.595.521,51 |
| | | | 400.672,69 | | 131.108,13 |
| | | | | 3.442.671,68 | 2.726.629,64 |
| | | | | 6.037.706,00 | 6.687.514,00 |
| | | | | 1.195.101.989,06 | 1.184.216.395,42 |

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

IV. Bilanzgewinn

B. Nachrangige Verbindlichkeiten**C. Versicherungstechnische Rückstellungen**

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

D. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB
- IV. Sonstige Rückstellungen

E. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft:
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
 - davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
 - davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 241,13 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
 - davon an verbundene Unternehmen: 773.984,10 € (Vj. 502.271,04 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
 - davon aus Steuern: 5.520.672,93 € (Vj. 6.723.261,63 €)
 - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 55.076,33 € (Vj. 49.639,76 €)
 - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 25.479.240,89 € (Vj. 31.607.406,92 €)
 - davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 24.410,22 € (Vj. 183.535,12 €)

F. Rechnungsabgrenzungsposten**Summe der Passiva**

| | | | 2009 | 2008 |
|--|----------------|----------------|------------------|------------------|
| | | 100.000.000,00 | | 100.000.000,00 |
| | | 81.772.569,19 | | 81.772.569,19 |
| | 10.000.000,00 | | | 9.625.655,00 |
| | 74.700.000,00 | | | 74.700.000,00 |
| | | 84.700.000,00 | | 84.325.655,00 |
| | | 23.124.118,57 | | 10.071.675,21 |
| | | | 289.596.687,76 | 276.169.899,40 |
| | | | 50.000.000,00 | 50.000.000,00 |
| | | | | |
| | 72.574.964,83 | | | 74.774.140,62 |
| | 0,00 | | | 0,00 |
| | | 72.574.964,83 | | 74.774.140,62 |
| | | | | |
| | 561.326.325,47 | | | 559.331.001,36 |
| | 66.808,00 | | | 14.886,00 |
| | | 561.259.517,47 | | 559.316.115,36 |
| | | 3.455.179,00 | | 1.958.322,00 |
| | | 927.200,00 | | 786.300,00 |
| | | | 638.216.861,30 | 636.834.877,98 |
| | | | | |
| | | 123.300.915,00 | | 122.571.069,00 |
| | | 16.563.064,04 | | 17.647.885,75 |
| | | 0,00 | | 0,00 |
| | | 17.446.940,71 | | 24.529.195,31 |
| | | | 157.310.919,75 | 164.748.150,06 |
| | | | | |
| | 4.675.022,62 | | | 3.269.939,70 |
| | | | | |
| | 14.158.735,64 | | | 9.386.778,79 |
| | | 18.833.758,26 | | 12.656.718,49 |
| | | | | |
| | | 827.070,56 | | 505.002,02 |
| | | | | |
| | | 39.795.861,23 | | 42.784.100,70 |
| | | | 59.456.690,05 | 55.945.821,21 |
| | | | 520.830,20 | 517.646,77 |
| | | | 1.195.101.989,06 | 1.184.216.395,42 |

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Posten

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge f.e.R.

- a) Gebuchte Bruttobeiträge
- b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge

c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge

d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen

2. Sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.

3. Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.

a) Zahlungen für Versicherungsfälle

- aa) Bruttobetrag
- bb) Anteil der Rückversicherer

b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

- aa) Bruttobetrag
- bb) Anteil der Rückversicherer

4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen

5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.

- a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
- b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.

7. Zwischensumme

8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen

9. Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.

Übertrag:

| | | | 2009 | 2008 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | | |
| | 318.177.242,02 | | | 328.997.287,96 |
| | -103.086,46 | | | -115.326,39 |
| | | 318.074.155,56 | | 328.881.961,57 |
| | 2.199.175,79 | | | 63.848,95 |
| | 0,00 | | | 0,00 |
| | | 2.199.175,79 | | 63.848,95 |
| | | | 320.273.331,35 | 328.945.810,52 |
| | | | 1.757.938,85 | 1.015.251,37 |
| | | | | |
| | 203.650.113,30 | | | 199.324.761,23 |
| | 0,00 | | | -85.665,03 |
| | | 203.650.113,30 | | 199.239.096,20 |
| | | | | |
| | -1.995.324,11 | | | 8.753.445,53 |
| | 51.922,00 | | | -85.665,00 |
| | | -1.943.402,11 | | 8.667.780,53 |
| | | | 205.593.515,41 | 190.571.315,67 |
| | | | -140.900,00 | 93.300,00 |
| | | | | |
| | | 119.040.950,73 | | 122.815.297,97 |
| | | | | |
| | | 0,00 | | -6.250,00 |
| | | | 119.040.950,73 | 122.809.047,97 |
| | | | 0,00 | 0,00 |
| | | | -2.744.095,94 | 16.673.998,25 |
| | | | -1.496.857,00 | -1.958.322,00 |
| | | | -4.240.952,94 | 14.715.676,25 |
| | | | -4.240.952,94 | 14.715.676,25 |

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

| Posten |
|--|
| (in Euro) |
| Übertrag: |
| II. Nichtversicherungstechnische Rechnung |
| 1. Erträge aus Kapitalanlagen |
| a) Erträge aus Beteiligungen |
| davon aus verbundenen Unternehmen: 17.727.451,49 € (Vj. 12.673.100,00 €) |
| b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen |
| davon aus verbundenen Unternehmen: 1.397.724,53 € (Vj. 2.250.485,20 €) |
| aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten |
| und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken |
| bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen |
| c) Erträge aus Zuschreibungen |
| d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen |
| e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen |
| f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil |
| 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen |
| a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen |
| b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen |
| davon außerplanmäßige Abschreibungen |
| gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB: 13.046.324,40 € (Vj. 35.791.079,69 €) |
| c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen |
| d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil |
| 3. Sonstige Erträge |
| 4. Sonstige Aufwendungen |
| Nichtversicherungstechnisches Ergebnis |
| 5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit |
| 6. Außerordentliche Erträge |
| 7. Außerordentliche Aufwendungen |
| 8. Außerordentliches Ergebnis |
| 9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag |
| 10. Sonstige Steuern |
| 11. Jahresüberschuss |
| 12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr |
| 13. Einstellungen in Gewinnrücklagen |
| a) in die gesetzliche Rücklage |
| 14. Bilanzgewinn |

| | | | | 2009 | 2008 |
|--|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | | -4.240.952,94 | 14.715.676,25 |
| | | | | | |
| | | 18.991.300,53 | | | 14.066.775,37 |
| | | | | | |
| | 1.146.024,47 | | | | 2.388.204,72 |
| | 23.718.809,12 | | | | 25.695.699,95 |
| | | 24.864.833,59 | | | 28.083.904,67 |
| | | 7.975.300,91 | | | 2.523.394,89 |
| | | 4.762.454,88 | | | 432.800,03 |
| | | 23.390.196,24 | | | 21.809.926,05 |
| | | 0,00 | | | 5.573.079,12 |
| | | | 79.984.086,15 | | 72.489.880,13 |
| | | | | | |
| | | 9.166.397,35 | | | 6.657.837,51 |
| | | | | | |
| | | 13.113.265,59 | | | 35.857.381,40 |
| | | 0,00 | | | 5.534,12 |
| | | 0,00 | | | 0,00 |
| | | | 22.279.662,94 | | 42.520.753,03 |
| | | | | 57.704.423,21 | 29.969.127,10 |
| | | | 88.481.553,54 | | 89.519.393,07 |
| | | | 104.874.461,24 | | 115.930.503,43 |
| | | | | -16.392.907,70 | -26.411.110,36 |
| | | | | 41.311.515,51 | 3.558.016,74 |
| | | | | 37.070.562,57 | 18.273.692,99 |
| | | | 0,00 | | 0,00 |
| | | | 0,00 | | 0,00 |
| | | | | 0,00 | 0,00 |
| | | | 12.726.111,65 | | 7.639.279,29 |
| | | | 917.662,56 | | 122.182,17 |
| | | | | 13.643.774,21 | 7.761.461,46 |
| | | | | 23.426.788,36 | 10.512.231,53 |
| | | | | 71.675,21 | 85.055,68 |
| | | | | | |
| | | | | 374.345,00 | 525.612,00 |
| | | | | 23.124.118,57 | 10.071.675,21 |

I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), insbesondere der §§ 341 ff., und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 aufgestellt.

Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV angewandt.

Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) vom 25. Mai 2009 werden insoweit berücksichtigt, als diese auf Jahresabschlüsse für vor dem 1. Januar 2010 beginnende Geschäftsjahre anzuwenden sind. Weitere Änderungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes finden im Jahresabschluss 2009 keine Anwendung.

Insbesondere für handelsrechtliche Vorschriften werden die Artikel 66 und 67 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) beachtet. Zitate beziehen sich auf das HGB in seiner bis zum 25. Mai 2009 gültigen Fassung. Soweit Änderungen des HGB nach dem 25. Mai 2009 in Kraft getreten sind, die nicht das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz betreffen, werden diese im Jahresabschluss 2009 berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Die Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen, nach § 342 Abs. 2 HGB als „Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung“ geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees (DRSC) für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, weitestgehend angewendet.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Davon ausgenommen ist ein gewerbliches Schutzrecht im Wert von 50.000,00 €, das als nicht abnutzbar behandelt wird.

Grundstücke sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet worden. Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB wurden in Höhe von 532.403,18 € vorgenommen, Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden nicht getätigt. Die Eigennutzungsanteile werden quotale auf der Grundlage der Buchwerte berechnet.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, teilweise gekürzt um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 4.190.249,64 € vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB waren nicht durchzuführen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen bestanden im Geschäftsjahr an folgenden Gesellschaften:

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

| (in Euro) | Beteiligungsanteil | Eigenkapital | Ergebnis |
|---|--------------------|---------------|---------------|
| 1. Verbundene Unternehmen | | | |
| a) Versicherungsgesellschaften | | | |
| ARAG Allgemeine Versicherungs-AG*, Düsseldorf | 100,00 | 82.120.402,34 | 23.390.196,24 |
| ARAG Krankenversicherungs-AG, München | 25,10 | 32.691.464,18 | 3.800.000,00 |
| ARAG Österreich Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Wien | 100,00 | 16.914.814,09 | 1.318.316,81 |
| ARAG Assicurazioni Rischio Automobilistici e Generali S.p.A., Verona | 100,00 | 18.496.373,00 | -4.703.526,95 |
| ARAG Compania Internacional de Seguros y Reaseguros, S.A., Barcelona | 100,00 | 40.845.465,83 | 9.694.827,28 |
| ARAG Plc., Bristol** *** | 99,99 | 219.128,78 | -855.162,80 |
| ARAG-Nederland Algemene Rechtsbijstand Verzekeringsmaatschappij N.V., Leusden | 99,80 | 38.149.174,00 | 5.732.097,00 |
| ARAG S.A. Assurance en Protection Juridique, Brüssel | 79,96 | 3.066.551,00 | -140.467,00 |
| b) Andere Gesellschaften – Kapitalgesellschaften | | | |
| ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf | 100,00 | 40.910.455,49 | 5.757.329,12 |
| ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 100,00 | 8.295.103,12 | 362.271,01 |
| ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf | 80,00 | 307.236,57 | 87.894,26 |
| ARAG IT GmbH, Düsseldorf | 100,00 | 10.873.885,00 | 696.605,34 |
| Cura Gesellschaft für Vermögensverwaltung und für Vermittlung mbH, Düsseldorf | 100,00 | 6.187.254,26 | -339.267,60 |
| IGD Immobilien GmbH, Düsseldorf | 100,00 | 86.187,44 | 2.363,32 |
| Interiura International AG, Düsseldorf | 100,00 | 3.053.609,11 | -329.926,63 |
| TERRA Gesellschaft für Finanzdienstleistungen und Beratung mbH, Düsseldorf | 95,43 | 718.822,00 | 199.013,76 |
| Solfin GmbH, Düsseldorf | 75,10 | 1.083.399,74 | 439.168,39 |
| ARAG-France S.A.R.L. Assistance et Reglement de Sinistres Automobiles et Generaux, Rueil Mailmaison | 100,00 | 11.988,00 | -994,00 |
| VIA Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 48,00 | 446.471,04 | 26.805,72 |
| c) Andere Gesellschaften – Personengesellschaften | | | |
| ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf | 50,00 | 6.193.573,41 | 234.037,66 |
| IGD Immobilien GmbH & Co. Dresden KG, Düsseldorf | 94,90 | 4.549.255,43 | -2.885.058,20 |
| CURA GmbH & Co. KG, Düsseldorf | 100,00 | 903.937,85 | -446.062,15 |
| 2. Assoziierte Unternehmen | | | |
| Allrecht Rechtsschutzversicherung AG, Düsseldorf | 26,00 | 13.635.623,44 | 3.253.708,08 |
| AXA ARAG Rechtsschutz AG, Zürich | 29,17 | 18.840.195,61 | 6.645.988,15 |
| Janolaw AG, Sulzbach*** | 25,10 | 774.961,95 | -410.126,53 |
| Help Forsikring AS, Oslo | 44,58 | 5.742.812,07 | -1.513.318,37 |

* Ergebnis vor Gewinnabführung

** kein Versicherungsunternehmen, sondern Vermittler

*** Zahlen aus dem Geschäftsjahr 2008

Zur weiteren Vereinfachung der Konzernstruktur hat die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG mit Vertrag vom 11. Dezember 2009 sämtliche Kommanditeinlagen der Cura GmbH & Co. KG, Düsseldorf, übernommen. Aus dem gleichen Grund wurde die Beteiligung von 25 Prozent am Kapital der Interiura Sociedade Internacional Reguladora de Sinistros LDA, Portugal, veräußert. Der Erwerb und die Veräußerung erfolgte von/an Konzerngesellschaften und von nahestehenden Personen zu fremdvergleichbaren Konditionen.

Die Bewertung der **Aktien, Inhaberschuldverschreibungen sowie der sonstigen festverzinslichen und nicht festverzinslichen Wertpapiere** und der **Investmentanteile**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 67.550,58 € auf Investmentanteile und in Höhe von 10.490,00 € auf Anleihen öffentlich-rechtlicher Körperschaften vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 5.094.227,70 € auf Investmentanteile und in Höhe von 36.170,37 € auf Investmentanteile der Niederlassung Griechenland durchgeführt.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341b Abs. 2 Satz 1, zweiter Halbsatz HGB wurde für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Auf diesen Bestand wurden wegen voraussichtlich andauernder Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen von 8.313.181,58 € (Vj. 25.463.834,23 €) vorgenommen. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden weitere außerplanmäßige Abschreibungen im Umfang von 6.780.897,52 € (Vj. 39.196.304,54 €) vermieden. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden im Geschäftsjahr auf diesen Bestand in Höhe von 2.844.902,84 € vorgenommen.

Aufgrund der hohen Volatilität auf den Kapitalmärkten wurden zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) die Grundsätze zur Ermittlung des beizulegenden Werts nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB spezifiziert. Diese Grundsätze wurden bei der Bewertung nach den Vorschriften des Anlagevermögens beachtet. Die Buchwertansätze übersteigen die Kurswerte der wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen um nicht mehr als 20 Prozent.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagiobeträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agiobeträge werden aktiviert und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den **Forderungen an Versicherungsnehmer** wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt; die **Forderungen an Vertreter** werden durch Einzelwertberichtigungen und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen ausschließlich aus dem übernommenen Geschäft. Der Saldo von 3.351.257,39 € entfällt mit 1.212.610,27 € auf die Brit Insurance Limited, U. K., mit 861.399,39 € auf die ÖRAG Rechtsschutz-Versicherungs-AG und mit 1.123.200,28 € auf diverse griechische Erstversicherer, von denen die ARAG Rechtsschutz über die Niederlassung in Griechenland Geschäft übernimmt.

Die **Sachanlagen** werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten aktiviert und linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lagerisiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten überwiegend abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Der **Steuerabgrenzungsposten nach § 274 Abs. 2 HGB** enthält die voraussichtliche Steuerentlastung späterer Geschäftsjahre wegen des auf der Grundlage der handelsrechtlichen Bilanzansätze zu hohen Steueraufwands im Geschäftsjahr und in Vorjahren in Höhe der derzeitigen Ertragsteuersätze aufgrund von temporären Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt.

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden zur Verbesserung der Eigenmittel bei der Konzernsolvabilität im Wege des „Private Placement“ emittiert. Die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die Papiere sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland handelbar.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäß Schreiben IV B/5 – S 2750 – 15/74 des Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 30. April 1974 um die nicht übertragungsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem GDV wird davon ausgegangen, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7. Juni 2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragungsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Bruttobeitragsüberträge für das übernommene Versicherungsgeschäft werden nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen nach § 341g Abs. 1 HGB auf der Grundlage des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Die Bestimmungen in § 20 Abs. 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG) in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchstabe a EStG wurden wegen der Unvereinbarkeit mit dem Imparitätsprinzip bei dem handelsrechtlichen Wertansatz ignoriert. Unabhängig davon ergäbe sich bei der Anwendung des BMF-Schreibens IV C 6 – S 2775 – 9/00 vom 5. Mai 2000 bezüglich der „realitätsnahen Bewertung“ kein Auflösungsbedarf.

Die Anwendung des steuerlichen Abzinsungsgebots für Rückstellungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3e EStG führte zu einer Veränderung der Ertragsteuerbemessungsgrundlage gegenüber dem handelsrechtlichen Ergebnis von +43.132,43 € (Vj. -198.990,63 €).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des übernommenen Rückversicherungsgeschäfts wurde nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** für das **übernommene Versicherungsgeschäft** wird nach § 29 Rech-VersV angesetzt und bewertet. Im Geschäftsjahr war wegen des Eintritts eines Unterschadens eine erneute Zuführung vorzunehmen. Die Notwendigkeit der Bildung einer Schwankungsrückstellung für das **selbst abgeschlossene Geschäft** wurde überprüft. Wegen einer Standardabweichung von weniger als 5 Prozent bei den Schadenquoten des Beobachtungszeitraums von der durchschnittlichen Schadenquote ist eine Schwankungsrückstellung zum 31. Dezember 2009 nicht zu dotieren.

Die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesene **Stornorückstellung** wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wurde wie die **Rückstellung für Beitragsfreistellung** im Falle der Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit des Versicherungsnehmers in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** wird nach den Bestimmungen des § 6a EStG durchgeführt. Als Rechnungsgrundlage für die Teilwertermittlung wird die Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 2005G verwendet. Abweichend davon wurde für die Abzinsung ein Zinssatz von 5,25 Prozent angewendet, um eine Bewertung an der Untergrenze des nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung Vertretbaren zu vermeiden. Das Wahlrecht gemäß Art. 28 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Eine **Rückstellung für latente Steuern** gemäß § 274 Abs. 1 HGB war nicht zu bilden.

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen wurden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11. Juni 1997 nach der Verlautbarung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18. November 1998 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,5 Prozent gebildet. Dabei wurde bei Anwärtern, mit denen noch keine konkrete Vereinbarung getroffen wurde, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen sowie die natürliche Fluktuation der Mitarbeiter berücksichtigt.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Für Jubiläumzahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine Jubiläumsrückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte entsprechend den Bestimmungen des § 6 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 EStG unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,5 Prozent. Die Einschränkung für die steuerliche Berechnung nach § 52 Abs. 6 EStG wurde in der Handelsbilanz nicht berücksichtigt.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet.

Alle **Verbindlichkeiten**, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag bewertet. Das steuerliche Abzinsungsgebot nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG wurde nur zur Ermittlung der Ertragsteuerbemessungsgrundlage, nicht jedoch beim Wertansatz der Verbindlichkeiten berücksichtigt, da dies nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unzulässig ist.

Währungsumrechnung Die Anschaffungskosten der Kapitalanlagen sind mit dem Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt ermittelt.

Für die Ermittlung des Börsen- oder Marktpreises werden ausländische Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen unter Zugrundelegung eines mittelfristig realisierbaren Devisenkurses bewertet; alle anderen Vermögensanlagen werden mit dem Devisenkurs zum Auszahlungszeitpunkt oder dem niedrigeren Währungskurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Aktiva und Passiva werden mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet. Die Erträge und Aufwendungen werden mit dem Devisenkurs zum Zeitpunkt des Zu- beziehungsweise Abflusses umgerechnet.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Für die Zeitwertermittlung liegen intern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Bei zeitnah erworbenen Immobilien sowie bei durch Umbaumaßnahmen vollständig modernisierten Immobilien wurden die Buchwerte als Zeitwerte angesetzt.

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren (Discounted-Cashflow-Methode) bewertet. Teilweise konnten Bewertungsgutachten oder Kurswerte aus Anteilskäufen beziehungsweise -verkäufen verwendet werden. Bei den Gesellschaften, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen für den ARAG Konzern erbringen, sowie bei Zwischenholdinggesellschaften wurde der Zeitwert in Höhe des anteiligen Substanzwerts angegeben. Für Beteiligungen und Anteile, die zeitnah erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. III. 1. und 2. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag.

In der Aufstellung der „Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2009“ sind die Zeitwerte angegeben.

Die anderen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

| Andere Vermögensgegenstände | | |
|---|----------------------|----------------------|
| (in Euro) | 2009 | 2008 |
| Anspruch nach § 37 Abs. 5 KStG | 31.529.242,14 | 34.745.817,84 |
| Noch nicht fälliger Steuererstattungsanspruch wegen Feststellungen der Betriebsprüfung | 912.545,07 | 4.520.508,66 |
| Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen | 984.398,00 | 940.644,00 |
| Erstattungsanspruch für sonstige Steuern | 66.655,80 | 0,00 |
| Erstattungsanspruch GewSt inkl. Nebenleistungen | 0,00 | 213.158,72 |
| Erstattungsanspruch für KSt/SolZ der Vorjahre | 0,00 | 2.563.550,75 |
| Summe | 33.492.841,01 | 42.983.679,97 |

II. Versicherungstechnische Angaben

(in Euro)

| |
|--|
| Gebuchte Bruttobeiträge |
| Verdiente Bruttobeiträge |
| Verdiente Nettobeiträge |
| Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle |
| Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb |
| davon Abschlussaufwendungen |
| davon Verwaltungsaufwendungen |
| Rückversicherungssaldo |
| Versicherungstechnisches Ergebnis brutto |
| Versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt |
| davon Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle |
| davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellung |

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

| (in Stück) | 2009 | 2008 |
|---------------|------------------|------------------|
| Inland | 1.442.130 | 1.508.269 |
| Ausland | 48.135 | 33.683 |
| Gesamt | 1.490.265 | 1.541.952 |

| Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft | | In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft | | Gesamtes Versicherungsgeschäft | |
|---|----------------|--|---------------|-----------------------------------|----------------|
| 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 |
| 304.027.168,04 | 316.600.531,32 | 14.150.073,98 | 12.396.756,64 | 318.177.242,02 | 328.997.287,96 |
| 305.805.770,56 | 317.008.122,84 | 14.570.647,25 | 12.053.014,07 | 320.376.417,81 | 329.061.136,91 |
| 305.702.684,10 | 316.892.796,45 | 14.570.647,25 | 12.053.014,07 | 320.273.331,35 | 328.945.810,52 |
| 197.246.302,19 | 184.120.758,28 | 8.399.135,22 | 6.450.557,42 | 205.645.437,41 | 190.571.315,70 |
| 114.604.943,36 | 118.088.323,84 | 4.436.007,37 | 4.726.974,13 | 119.040.950,73 | 122.815.297,97 |
| 37.409.070,16 | 34.648.004,00 | 0,00 | 0,00 | 37.409.070,16 | 34.648.004,00 |
| 77.195.873,20 | 83.440.319,84 | 4.436.007,37 | 4.726.974,13 | 81.631.880,57 | 88.167.293,97 |
| -51.164,46 | -109.076,36 | 0,00 | 0,00 | -51.164,46 | -109.076,36 |
| -4.428.436,14 | 15.907.592,09 | 238.647,66 | -1.082.839,48 | -4.189.788,48 | 14.824.752,61 |
| 613.780.048,90 | 615.699.848,94 | 24.436.812,40 | 21.149.915,04 | 638.216.861,30 | 636.849.763,98 |
| 542.630.909,78 | 542.846.199,30 | 18.695.415,69 | 16.484.802,06 | 561.326.325,47 | 559.331.001,36 |
| 0,00 | 0,00 | 3.455.179,00 | 1.958.322,00 | 3.455.179,00 | 1.958.322,00 |

III. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2009:

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis IV. vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

| (in Euro) | Bilanzwerte 2008 |
|---|-------------------------|
| A. Immaterielle Vermögensgegenstände | |
| 1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände | 2.030.000,93 |
| 2. Summe A. | 2.030.000,93 |
| B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 59.416.611,62 |
| B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 283.405.033,83 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 2.231.945,24 |
| 3. Beteiligungen | 33.810.109,13 |
| 4. Summe B. II. | 319.447.088,20 |
| B. III. Sonstige Kapitalanlagen | |
| 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 511.220.255,93 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 12.915.595,87 |
| 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen | 8.000.000,00 |
| 4. Sonstige Ausleihungen | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 25.511.291,88 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 70.000.000,00 |
| c) Übrige Ausleihungen | 1.400.608,60 |
| 5. Einlagen bei Kreditinstituten | 59.143.000,00 |
| 6. Andere Kapitalanlagen | 131.190,94 |
| 7. Summe B. III. | 688.321.943,22 |
| B. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Rückversicherungsgeschäft | 1.174.312,01 |
| Summe B. I. bis IV. | 1.068.359.955,05 |
| Insgesamt | 1.070.389.955,98 |

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit einem Buchwert von 174.068,52 € (Vj. 178.469,52 €) werden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Daneben besteht eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), deren ausschließliche Aufgabe der Betrieb eines Verwaltungsgebäudes ist. Die Beteiligung hat einen Buchwert von 52.088.509,84 € (Vj. 53.735.332,84 €).

Das von der GbR verwaltete Grundstück (Hauptverwaltung des ARAG Konzerns in Düsseldorf) wird zu 89,4 Prozent für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Die anderen Anteile (10,6 Prozent) werden durch verbundene Unternehmen für deren Geschäftsbetrieb genutzt.

| Zugänge | Umbuchungen | Abgänge | Zuschreibungen | Abschreibung | Bilanzwerte 2009 | Zeitwert |
|-----------------------|-------------|----------------------|---------------------|----------------------|-------------------------|-------------------------|
| 610.053,17 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 608.627,55 | 2.031.426,55 | 2.031.426,55 |
| 610.053,17 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 608.627,55 | 2.031.426,55 | 2.031.426,55 |
| 107.443,36 | 0,00 | 1.646.823,00 | 0,00 | 599.344,37 | 57.277.887,61 | 71.497.222,00 |
| 40.250.097,21 | 0,00 | 2.898.802,20 | 0,00 | 2.747.389,50 | 318.008.939,34 | 593.037.000,00 |
| 0,00 | 0,00 | 740.945,24 | 0,00 | 0,00 | 1.491.000,00 | 1.491.000,00 |
| 1.539.194,04 | 0,00 | 129.615,70 | 0,00 | 1.442.860,14 | 33.776.827,33 | 47.657.000,00 |
| 41.789.291,25 | 0,00 | 3.769.363,14 | 0,00 | 4.190.249,64 | 353.276.766,67 | 642.185.000,00 |
| 30.361.005,01 | 0,00 | 52.769.839,48 | 7.975.300,91 | 8.313.181,58 | 488.473.540,79 | 482.039.016,20 |
| 16.487.538,00 | 0,00 | 8.543.900,00 | 0,00 | 10.490,00 | 20.848.743,87 | 21.127.804,25 |
| 0,00 | 0,00 | 1.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 7.000.000,00 | 7.000.000,00 |
| 15.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 40.511.291,88 | 41.778.746,95 |
| 10.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 80.000.000,00 | 83.298.955,60 |
| 0,00 | 0,00 | 13.808,09 | 0,00 | 0,00 | 1.386.800,51 | 1.386.800,51 |
| 2.678.000,00 | 0,00 | 24.550.000,00 | 0,00 | 0,00 | 37.271.000,00 | 37.271.000,00 |
| 0,00 | 0,00 | 83.320,00 | 0,00 | 0,00 | 47.870,94 | 47.870,94 |
| 74.526.543,01 | 0,00 | 86.960.867,57 | 7.975.300,91 | 8.323.671,58 | 675.539.247,99 | 673.950.194,45 |
| 0,00 | 0,00 | 873.246,21 | 0,00 | 0,00 | 301.065,80 | 301.065,80 |
| 116.423.277,62 | 0,00 | 93.250.299,92 | 7.975.300,91 | 13.113.265,59 | 1.086.394.968,07 | 1.387.933.482,25 |
| 117.033.330,79 | 0,00 | 93.250.299,92 | 7.975.300,91 | 13.721.893,14 | 1.088.426.394,62 | 1.389.964.908,80 |

Eigenkapital

| (in Euro) | | 2009 |
|--|---------------|-----------------------|
| Gesamt | | 289.596.687,76 |
| I. Gezeichnetes Kapital | | |
| Das Grundkapital beträgt | | 100.000.000,00 |
| Das Grundkapital ist eingeteilt in 62.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Alle Aktien sind voll eingezahlt. Der AFI Verwaltungs-Gesellschaft, Düsseldorf, und der ARAG Aktiengesellschaft, Düsseldorf, gehören jeweils mehr als der 4. Teil der Aktien der Gesellschaft. Der ARAG Aktiengesellschaft gehört mittelbar die Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft. | | |
| II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB | | |
| Vortrag zum 01.01.2009 | 81.772.569,19 | |
| Veränderungen im Geschäftsjahr | 0,00 | |
| Stand am 31.12.2009 | | 81.772.569,19 |
| III. Gewinnrücklagen | | |
| 1. Gesetzliche Rücklage | | |
| Vortrag zum 01.01.2009 | 9.625.655,00 | |
| Einstellungen aus dem Ergebnis 2009 | 374.345,00 | |
| Stand am 31.12.2009 | | 10.000.000,00 |
| Die Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 AktG jetzt vollständig dotiert. | | |
| 2. Andere Gewinnrücklagen | | |
| Vortrag zum 01.01.2009 | 74.700.000,00 | |
| Einstellungen der Hauptversammlung | 0,00 | |
| Einstellungen aus dem Ergebnis 2009 | 0,00 | |
| Stand am 31.12.2009 | | 74.700.000,00 |
| | | 84.700.000,00 |
| IV. Bilanzgewinn | | |
| Bilanzgewinn am 31.12.2008 | | 10.071.675,21 |
| Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung | | -10.000.000,00 |
| Gewinnverwendung: Einstellungen in andere Gewinnrücklagen | | 0,00 |
| Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | 71.675,21 |
| Jahresüberschuss 2009 | | 23.426.788,36 |
| Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG) | | -374.345,00 |
| Einstellungen in andere Gewinnrücklagen | | 0,00 |
| Bilanzgewinn am 31.12.2009 | | 23.124.118,57 |

Sonstige Rückstellungen

| (in Euro) | 2009 | 2008 |
|---|----------------------|----------------------|
| Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen | 2.922.455,00 | 6.306.448,00 |
| Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter | 2.557.094,00 | 2.631.237,00 |
| Leerstandskosten angemieteter Immobilien | 2.342.748,84 | 3.551.487,00 |
| Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen | 1.910.287,00 | 3.491.812,63 |
| Jubiläumsrückstellung | 1.908.485,00 | 1.801.541,00 |
| Kosten für laufende Rechtsstreitigkeiten | 1.242.076,11 | 1.579.208,09 |
| Altersversorgung für Vertreter | 858.650,00 | 809.400,00 |
| Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb | 538.678,00 | 589.555,00 |
| Jahresabschlusskosten | 504.900,00 | 522.500,00 |
| Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen | 483.325,30 | 530.863,00 |
| Erfolgs- und Geschäftsplanvergütungen für Vertreter | 306.320,00 | 1.220.000,00 |
| Betriebsstätte Griechenland | 187.392,06 | 146.702,81 |
| Berufsgenossenschaftsbeiträge | 165.000,00 | 170.000,00 |
| Betriebsstätte England | 1.501,50 | 1.501,50 |
| Ausgleichsansprüche von Vertretern | 0,00 | 48.000,00 |
| Übrige sonstige Rückstellungen | 1.518.027,90 | 1.128.939,28 |
| Summe | 17.446.940,71 | 24.529.195,31 |

Rechnungsabgrenzungsposten Hierin sind 214.077,16 € (Vj. 66.516,18 €) aktivierte und 211.228,22 € (Vj. 205.936,45 €) passivierte Unterschiedsbeträge nach § 341 c Abs. 2 HGB enthalten, die planmäßig entsprechend der Laufzeit der betreffenden Kapitalanlagen aufgelöst werden.

Sonstige Angaben nach § 251 und § 285 HGB Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Folgende ausstehende Einlagen entfallen auf die Gesellschaft:

Ausstehende Einlagen

| (in Euro) | |
|---|--------------|
| ARAG Nederland Algemene Rechtsbijstand Verzekeringsmaatschappij N.V., Leusden | 722.701,18 |
| ARAG S. A. Assurance en Protection Juridique, Brüssel | 2.399.182,70 |
| ARAG IT GmbH, Düsseldorf | 1.495.000,00 |
| Allrecht Rechtsschutzversicherung AG, Düsseldorf | 947.000,00 |
| RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG, Eschborn | 1.113.729,96 |

Sämtliche ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Mit einer Einforderung ist vonseiten der RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG kurzfristig zu rechnen.

Aus einem Rückversicherungsverhältnis sind festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 15.082.500,00 € und ein Festgeldkonto mit einem Wert von 3.500.000,00 € zugunsten einer Tochtergesellschaft verpfändet.

Mit der ARAG Lebensversicherungs-AG besteht eine Optionsvereinbarung, wonach diese der Gesellschaft weitere Aktien der ARAG Krankenversicherungs-AG in der Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2015 zu insgesamt 45,1 Millionen € andienen kann. Zum 31. Dezember 2009 unterschreitet der Wert dieser Aktien nicht den vereinbarten Kaufpreis.

Die Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) beteiligten sich an den Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland zur Finanzmarktstabilisierung, die aufgrund der Finanzmarktkrise im Vorjahr von der Bundesregierung ergriffen worden sind. Die Mitgliedsunternehmen übernahmen in diesem Zusammenhang die teilschuldnerische, unbedingte und unwiderrufliche Haftung für eine von der Bundesrepublik Deutschland an die Hypo Real Estate Bank AG gewährte Garantiezusage im Umfang von 1,4 Milliarden €. Der Anteil der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG an der Garantiezusage der Versicherungsunternehmen betrug 178.000,00 €. Die Haftung erstreckte sich auf Gewährleistungen, die von der Bundesrepublik Deutschland bis zum 31. Dezember 2009 gewährt wurden. Inanspruchnahmen aus der Bürgschaft gab es nicht.

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 Honorare in Höhe von 170.000,00 € (Vj. 169.000,00 €) vereinbart. Dieser Betrag ist im Geschäftsjahr 2009 als Aufwand erfasst. Zusätzlich sind zu Lasten des Ergebnisses Honorare für Beratungsleistungen im Umfang von 242.000,00 €, für Steuerberatungsleistungen im Umfang von 6.750,00 € und für sonstige Leistungen im Umfang von 0,00 € im Rechenwerk enthalten. Die Umsatzsteuer auf sämtliche Beträge ist zusätzlich als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht.

IV. Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

| (in Euro) | 2009 | 2008 |
|---|-----------------------|-----------------------|
| 1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft | 49.840.919,34 | 48.629.003,36 |
| 2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB | 7.002.472,39 | 6.728.518,00 |
| 3. Löhne und Gehälter | 51.796.805,88 | 53.729.174,12 |
| 4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung | 8.029.517,09 | 8.503.034,54 |
| 5. Aufwendungen für Altersversorgung | 6.666.366,26 | 7.641.941,15 |
| 6. Aufwendungen insgesamt | 123.336.080,96 | 125.231.671,17 |

Mitarbeiter Die ARAG Rechtsschutz hat im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich 944 (Vj. 996) Mitarbeiter beschäftigt. Zum 31. Dezember 2009 waren im Unternehmen 950 (Vj. 936) Mitarbeiter angestellt.

Aufteilung des Mitarbeiterbestands

| Bereich | Stand am 31.12.2009 | Stand am 31.12.2008* |
|--|------------------------|-------------------------|
| Zentrale Konzernfunktionen | 91 | 86 |
| Rechnungswesen, Vermögensverwaltung, Steuern, zentrale Dienste | 173 | 173 |
| Vertrieb | 183 | 188 |
| Kunden- und Schadenservice | 371 | 355 |
| Betriebsorganisation | 16 | 17 |
| Verwaltung von Auslandsbeteiligungen | 11 | 11 |
| Risikomanagement/Controlling | 18 | 14 |
| Mitarbeiter der Niederlassungen | 26 | 26 |
| Passive Mitarbeiter (Betriebsrat, Elternzeit, Altersteilzeit) | 61 | 66 |
| Insgesamt | 950 | 936 |
| Zusätzlich: Auszubildende | 22 | 20 |
| Praktikanten und Volontäre | 5 | 1 |

* Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend der geänderten Ressortverteilung im Geschäftsjahr angepasst.

Bezüge des Aufsichtsrats, des Beirats und des Vorstands nach § 285 Nr. 9a HGB Der Aufwand für Bezüge des Aufsichtsrats betrug 401.327,11 €, der für den Beirat 103.600,55 €. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für Vorjahre Nachzahlungen in Höhe von 21.602,36 € geleistet. Die Bezüge des Vorstands betragen 2.909.100,40 €, die der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen 1.844.602,61 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 24.228.923,00 € gebildet. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beirats sowie des Vorstands sind auf den Seiten 55 bis 58 des Berichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit Die Gesellschaft und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der ARAG Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2009 einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Aktiengesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht werden.

Düsseldorf, den 23. März 2010

Der Vorstand

Dr. Paul-Otto Faßbender

Dr. Johannes Kathan

Werner Nicoll

Hanno Petersen

Dr. Joerg Schwarze

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ARAG Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 26. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete ihn regelmäßig, sowie schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen. Zu Maßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz (AktG) bestand keine Veranlassung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der gesamte Aufsichtsrat in sieben Sitzungen, davon eine außerordentliche, von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Der Aufsichtsrat hat außerdem in zwei Fällen im schriftlichen Verfahren entschieden. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Im Berichtszeitraum hat sich der Aufsichtsrat vertieft mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den ARAG Konzern sowie Sicherungsmaßnahmen im Zuge der Kapitalmarktentwicklung auseinandergesetzt. Weitere wesentliche Themen der Beratungen waren die Auswirkungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht sowie die notwendigen unternehmensinternen Anpassungen. Der Aufsichtsrat hat sich darüber hinaus mit den Projekten im Kooperationsbereich und der Vertriebsentwicklung (insbesondere das Projekt zur Stornoprophylaxe) beschäftigt. Weitere Themen waren Berichte einzelner internationaler Tochtergesellschaften sowie die Risikostrategie und der neue Risikobericht. Der Aufsichtsrat hat sich auch mit der Wiederbestellung eines Vorstandsmitglieds, mit einer Prokuraerteilung sowie der Änderung der Geschäftsordnung des Vorstands und des Aufsichtsrats beschäftigt.

Der Aufsichtsrat hat bis zum 26. März 2009 vier Ausschüsse gebildet. Seit dem 27. März 2009 ist der Aufsichtsrat nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittelbG) zusammengesetzt. Ein Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) entfiel. Der Aufsichtsrat hat deshalb seit dem 27. März 2009 nur noch drei Ausschüsse gebildet. Der Finanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr fünfmal ordentlich getagt und in vier Fällen im schriftlichen Verfahren entschieden. Er befasste sich in neunzehn außerordentlichen Sitzungen mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den ARAG Konzern und erörterte Sicherungsmaßnahmen. In weiteren neun außerordentlichen Sitzungen befasste sich der Ausschuss mit der

Kapitalanlagestruktur, der Depotbankauswahl, Beteiligungsprojekten und Tochtergesellschaften. Er beschäftigte sich mit der Solvabilitätsplanung, dem Stand der notwendigen Organisationsanpassungen, Produktkalkulation sowie einer Kapitalerhöhung in einer Tochtergesellschaft. Der Bilanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr fünfmal ordentlich und einmal außerordentlich getagt. Er befasste sich insbesondere mit dem Jahresabschluss der Gesellschaft und den innerhalb des Geschäftsjahres aufgestellten Zwischenabschlüssen. Außerdem waren Gegenstand der Beratung die wesentlichen Ergebnisse der Revision 2009 und die Revisionsplanung der kommenden Jahre. Der Bilanzausschuss beschäftigte sich außerdem mit dem Stand der unternehmensinternen Anpassungen an veränderte rechtliche Rahmenbedingungen (Mindestanforderungen an das Risikomanagement MaRisk sowie die quantitative Auswirkungsstudie QIS4, Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz). Der Personalausschuss hat im Geschäftsjahr 2009 fünfmal ordentlich und zweimal außerordentlich getagt. Er hat sich insbesondere mit Fragen des Vorstands beschäftigt. Darüber hinaus waren Fragen der Pensionsregelungen und des Krankenstands im Konzern bis zum 26. März 2009 zu behandeln. Außerdem beschäftigte sich auch der Personalausschuss mit den Änderungen durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht sowie mit der Corporate Governance.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG wurde nicht einberufen.

Über die Sitzungen und die Arbeit der Ausschüsse ist in den Plenumsitzungen ausführlich berichtet worden. Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch den Aufsichtsrat am 27. April 2009 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Bilanzausschussmitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Sitzung des Bilanzausschusses am 20. April 2010 ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats und des Bilanzausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Der Bilanzausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrats eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichts empfohlen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichts des Bilanzausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 AktG vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechts auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in dem Bericht. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 10. Mai 2010

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Gerd Peskes

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat Der Vorstand hat am 30. Januar 2009 bekannt gemacht, dass der Aufsichtsrat nicht mehr nach den für ihn maßgebenden gesetzlichen Vorschriften zusammengesetzt ist. Bisher setzte sich der Aufsichtsrat entsprechend den §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 AktG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1, 5 Abs. 1 und 7 Abs. 1 Nr. 1 MitbestG 1976 aus sechs Mitgliedern der Aktionäre und sechs Mitgliedern der Arbeitnehmer zusammen. Infolge des Personalrückgangs ist die Gesamtzahl der bei der Gesellschaft und der bei den von ihr abhängigen Gesellschaften in der Regel beschäftigten Arbeitnehmer per 1. Januar 2009 unter die Zahl von 2.000 gesunken. Infolgedessen steht den Arbeitnehmern kein Mitbestimmungsrecht nach dem Mitbestimmungsgesetz zu. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ergibt sich stattdessen aus § 1 Abs. 1 Drittelbeteiligungsgesetz. Danach ist der Aufsichtsrat zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern zu besetzen.

Der Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

| | |
|-----------------------------------|---|
| Gerd Peskes | Wirtschaftsprüfer, Essen Vorsitzender |
| Prof. Dr. Walter Ackermann | Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz |
| Dr. Tobias Bürgers | Rechtsanwalt, München |
| Dr. Michael Pielorz | Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Dr. Karl-Heinz Strohe | Rechtsanwalt, Köln |
| Prof. Dr. Fred Wagner | Universitätsprofessor, Leipzig (seit 1. Dezember 2009) |
| Dr. Guido Westerwelle | Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin (bis 26. Oktober 2009) |

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:**Manfred Lambertz**Korschenbroich
stellv. Vorsitzender**Willi Adam**Düsseldorf
(bis 20. März 2009)**Joachim Felix**Vertreter der Gewerkschaft Verdi, Köln
(bis 20. März 2009)**Peter Leif**Dormagen
(bis 17. Juni 2009)**Karolin Teichmann**Düsseldorf
(seit 18. Juni 2009)**Beate Weber**Vertreterin der Gewerkschaft Verdi, Wuppertal
(bis 20. März 2009)**Richard Wenhart**

Buch a. Erlbach

Der Beirat

| | |
|--|--|
| Christoph Buchbender | Vorstandsmitglied, Neuss Vorsitzender |
| Rainer Gebhart | Vorstandsmitglied, Rosenheim stellv. Vorsitzender |
| Josef Kürten | Ehrenoberbürgermeister, Düsseldorf Ehrenvorsitzender |
| Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs | Universitätsprofessor, St. Gallen |
| Dr. Peter Feldhausen | Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Bernhard Gertz | Oberst a.D., Bad Honnef |
| Werner Gremmelmaier | Vorstandsmitglied, Neukeferloh |
| Dr. Volker Himmelseher | Diplom-Kaufmann, Pulheim |
| Dr. Dr. h. c. Burkhard Hirsch | Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Dr. h. c. Horst Klosterkemper | Diplom-Ingenieur/Diplom-Wirtschafts-Ingenieur, Düsseldorf |
| Klaus-Heiner Lehne | Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Friedrich-Wilhelm Metzeler | Rechtsanwalt/Diplom-Kaufmann, Düsseldorf |
| Hans Schwarz | Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf |

Der Vorstand

Dr. Paul-Otto Faßbender

Düsseldorf,
Vorsitzender

Dr. Jan-Peter Horst

Erkrath
(bis 9. Juni 2009)

Dr. Johannes Kathan

Düsseldorf

Werner Nicoll

Herzogenrath

Hanno Petersen

Ratingen

Dr. Joerg Schwarze

Düsseldorf
(seit 1. April 2009)

Informationen

Mit zahlreichen Publikationen, aber auch im Internet bietet Ihnen die ARAG ein breites Angebot an Informationen rund um den Konzern, über Versicherungsprodukte und Serviceleistungen. Natürlich fehlen beim Rechtsschutzspezialisten ARAG auch nicht die ausgewählten Tipps und Ratgeber zum Thema Recht. Wenn Sie Fragen haben, ein Versicherungsangebot wünschen oder sich nur grundlegend informieren möchten: Nehmen Sie Kontakt mit uns auf oder besuchen Sie unsere Homepage im Internet.

Aktuelle Informationen zum Konzern erhalten Sie unter folgender Adresse:

ARAG
Konzernkommunikation
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf

Telefon (02 11) 9 63 22 18
Telefax (02 11) 9 63 20 25
(02 11) 9 63 22 20
E-Mail medien@ARAG.de

Wünschen Sie ein individuelles Angebot? Per Telefon, Fax oder Mail sind wir stets für Sie erreichbar:

Telefon (02 11) 98 700 700
Telefax (02 11) 9 63 28 50
E-Mail service@ARAG.de

Im Internet erhalten Sie aktuelle Informationen zum Konzern und zu unseren Produkten über unsere Homepage:

www.ARAG.de

Impressum

Redaktion
Gestaltung
Fotografie
Satz
Druck

ARAG Konzernkommunikation
Kuhn, Kammann & Kuhn GmbH, Köln
Andreas Fechner, Düsseldorf
Zerres GmbH, Leverkusen
Druckpartner, Essen



ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf
www.ARAG.de

